

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage...

Telegraphen-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 3. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Romantische... Die einseitige Romantische...

Anzeigen für die nächste Nummer... Anzeigen für die nächste Nummer...

Schmutz- und Schundblock!

Von der Ley Heinze zur Ley Kütz. - Heute dritte Lesung des Schundgesetzes.

Heute mittag 12 Uhr beginnt im Reichstag die dritte Lesung des Schmutz- und Schundgesetzes.

Diese Mehrheit hat erzwungen, daß das Schundgesetz an erster Stelle auf die Tagesordnung der heutigen Reichstagsfraktion gestellt wurde.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte beantragt, an erster Stelle die Erwerbslosenfürsorge zu beraten.

Bei der Abstimmung erklärten sich Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutschnationale und Wirtschaftliche Vereinigung dafür, daß zuerst das Schmutz- und Schundgesetz beraten werde.

Das ist Schmutz- und Schundmehrheit. Das war der Kustakt zu dem, was heute folgen soll!

Der Schmutz- und Schundblock ist das Ergebnis von Kompromißverhandlungen, die zwischen den Regierungsparteien und den Deutschnationalen geführt worden sind.

Nach dem § 2 des Gesetzes werden Prüfstellen eingerichtet. Die Kommissionsaufstellung bestimmt, daß diese Prüfstellen vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den Landesregierungen nach Bedarf eingerichtet werden.

Der Passus 'im Einvernehmen' bedeutet, daß die Zustimmung der Landesregierungen erforderlich ist. Durch eine solche Regelung sind die Landesregierungen in der Lage, nach der personellen Seite ihre Wünsche geltend zu machen.

Im Absatz 1 des § 2 ist dann noch bestimmt worden, daß die Oberprüfstelle des Reiches ihren Sitz in Leipzig haben soll.

Von Beachtung ist dann noch die jetzt vorgesehene Zusammenfassung der Prüfstellen, und zwar sollen diese Prüfstellen bestehen aus einem Vorsitzenden und acht Sachverständigen.

Hinsichtlich der Beteiligung der Geistlichkeit ist insofern eine Abschwächung vorgeschlagen, als es nicht mehr heißt, daß die Vertreter der Geistlichkeit 'besonders' berücksichtigt werden müssen.

Die Änderungen, die das Kompromiß an der Ausschussfassung vorgenommen hat, haben nur den Wert gesetztechnischer Konzessionen, die an der Gefährlichkeit und Unmöglichkeit des Schundgesetzes nichts ändern.

Dies Gesetz ist kein geschäftsmäßiges Gesetz, das man mit einer Zufallsmehrheit durchdrücken könnte, ohne die gesamte politische Konstellation zu berühren.

Mit ihr und vor allem Herr Kütz, der demokratische Minister, wie Herr Gehler ein demokratischer Minister ist, Herr Kütz, der nach dem traurigen Ruhm zu streben scheint,

Kampf dem Schundgesetz!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Fraktionsfraktion beschlossen, in der dritten Lesung des Schmutz- und Schundgesetzes ihre Anträge wieder einzubringen.

Beim Beginn der dritten Lesung wird Genosse Breitscheid noch einmal grundsätzlich gegen das Schmutz- und Schundgesetz Stellung nehmen.

der Zensurminister, der Minister des Schundgesetzes zu sein und zu bleiben! Ein trefflicher demokratischer Minister!

Die demokratische Reichstagsfraktion wird zu ihrem größten Teil gegen das Schmutz- und Schundgesetz ihres eigenen Ministers stimmen - aber nur zum größten Teil.

Herr Kütz hat seine eigene Fraktion, die doch wahrhaftig klein genug ist, glücklich entzwei regiert.

Die schwarzblaue Mehrheit glücklich zusammengebracht - wahrlich, ein ansehnlicher Erfolg eines demokratischen Ministers in der Zeit der stillen Koalition.

Scharblaue Schmutz- und Schundmehrheit unter den Auspizien des demokratischen Ministers Kütz! Solche Staatskunst ist nicht vereinbar mit demokratischer Gesinnung.

Der dänische Wahltag.

Erste Teilergebnisse: Anwachsen der Sozialdemokratie.

Kopenhagen, 2. Dez., mitternachts. (Eigener Drahtbericht.) Bisher liegen nur Teilergebnisse der Reichstagswahlen vor.

Aus Dänisch-Nordschleswig liegt das Wahlergebnis der Stadt Hadersleben vor. Dort haben die Sozialdemokraten, deutsche und dänische gemeinsam in einer Partei, 800 Stimmen gewonnen.

Table with 2 columns: Party name and percentage of votes. Includes Sozialdemokraten (10.2%), Bauernliste (6.3%), Konservativ (6%), Radikale (6.5%).

Deutsche Erfolge in Nordschleswig.

Flensburg, 2. Dezember. (Mitb.) Die Wahlergebnisse werden erst spät vorliegen, weil erst um 8 Uhr Wahlschluss ist.

von ihm sagen müßte: Herr, vergib ihm, denn er weiß nicht, was er tut. Wir erinnern uns, daß Herr Kütz, als seinerzeit die Regierungsparteien in Anwesenheit des Herrn Mumm von den Deutschnationalen über das Schundgesetz verhandelten...

Mag dem sein, wie es wolle, mag er nicht wissen, was er tut. Herr Scholz, der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei und die stete Hoffnung der Deutschnationalen...

Die Schmutz- und Schundmehrheit ist beisammen. Herr Kütz kann zu neuen Taten schreiten. Nach dem Schundgesetz die Theaterzensur, nach der Theaterzensur die Wiedereinführung von Titeln und Orden...

Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen das Schmutz- und Schundgesetz weiter führen - heute im Reichstag, und weiter nach seiner Annahme.

Der Block hat gestern bei der Festsetzung der Tagesordnung kein Debüt gegeben. Ein symbolisches Debüt, das mit einem Schlage erbebt, was kommen soll: erst die Fesselung des Geistes und der Kunst...

Nordschleswig die deutschen Stimmen einen ganz enormen Zuwachs, auf dem Lande Zunahmen um 30, 50, 100 und noch mehr Prozent. Auch in den Städten ist eine Zunahme der deutschen Stimmen zu verzeichnen.

Die deutschbürgerliche Schleswigische Partei hatte 1924 bei der letzten Wahl 7663 Stimmen erhalten. Im Augenblick, 11 Uhr abends, liegen die Ergebnisse von etwa der Hälfte sämtlicher Wahlbezirke Nordschleswigs vor.

Kopenhagener Wahltagsbild.

Kopenhagen, 2. Dezember. (Mitb.) Das schöne Wetter begünstigte den heutigen Wahltag in Kopenhagen. Die Wahlbeteiligung war lebhafter als sonst.

Um den Lex Kütz-Bloch.

Die Demokraten unterschreiben.

Nach Schluß der Plenarversammlung des Reichstags fanden Besprechungen zwischen Vertretern der Deutschen Volkspartei und des Zentrums auf der einen Seite und der Deutschnationalen auf der anderen Seite statt, deren Ergebnis die grundsätzliche Zustimmung der Deutschnationalen zu dem Kompromiß über das Schund- und Schmuggelgesetz war. Die demokratische Reichstagsfraktion entschloß sich in ihrer am 23. d. M. abend geführten Sitzung gleichfalls, den vorbereiteten gemeinsamen Antrag mit zu unterschreiben.

Die Deutschnationalen müssen dabei sein!

In der Frage des Schund- und Schmuggelgesetzes ergab sich in den letzten Abendstunden des Donnerstag die Notwendigkeit neuer Verhandlungen unter den Parteien. Die Regierungsparteien hatten im Laufe des Tages vereinbart, die Kompromißvorschläge als Antrag der Regierungsparteien einzubringen, und die demokratische Fraktion gab ihre Unterschrift nur unter der Bedingung, daß die Deutschnationalen, die Völkischen und die Wirtschaftspartei den Antrag nicht mitunterzeichnen. Daneben hatten aber die Deutsche Volkspartei und das Zentrum schon eine Vereinbarung über die Mitwirkung der Deutschnationalen getroffen. Infolge der Haltung der Demokratischen Partei nahmen die deutschnationalen Vertreter von der weiteren Mitwirkung an den Verhandlungen Abstand, und sie dachten daran, ihrerseits wieder die Errichtung der Landespräsidien zu beantragen. Die deutschnationale Fraktion wird am Freitag vormittag wieder zu einer Sitzung zusammenreten, um die neue Lage zu erörtern.

Die Bayerische Volkspartei hat nach längeren Beratungen sich entschlossen, dem Kompromißantrag zuzustimmen, wenn alle anderen Regierungsparteien sich hinter den Antrag stellen.

Wie es kommen wird.

Nach der „Bosser'schen Zeitung“ hat sich in München folgendes zugetragen:

„Vor einiger Zeit wurde der Münchener Filmprüfstelle der Film „Nathan der Weise“ vorgeführt. Die Prüfstammer ließ den Film zu, der genau nach dem Lessingschen Drama verarbeitet ist.“

Der Vorsitzende der Prüfstammer aber nahm Anstoß und machte von seinem Recht der Amtsbeschwerde bei der Oberprüfstelle Gebrauch. Er berief sich dabei auf die Gutachten zweier Sachverständiger, die er selbst zur Beurteilung aufgefördert hatte.

Der eine „Sachverständige“ wies in seinem Gutachten darauf hin, daß ein Jude im Vordergrund des Interesses stünde und daß in unserer politisch erregten Zeit, besonders in Süddeutschland, hieraus Störungen der öffentlichen Ordnung entstehen könnten. Erregte Auseinandersetzungen und eventuell sogar Tötlichkeiten würden im Falle der öffentlichen Aufführung wahrscheinlich sein.

Der zweite Gutachter war ein katholischer Geistlicher, der den Film aus dogmatischen Gründen demängelte. Die im Anschluß an Lessing in dem Film vorgetragene Weltanschauung der dogmatischen Toleranz, die Antwort, die der Film auf die Frage gäbe, welche von allen Religionen die beste sei, müßte von jeder streng orthodoxen Seite aller Religionsbekenntnisse als verlegend scharf abgelehnt werden.

Die Oberprüfstelle in Berlin war vernünftig genug, den bayerischen Einspruch abzuweisen. Eine Kulturblogade größtenteils wurde verhindert.

Wann wird nun Lessings „Nathan der Weise“, das hohe Lied der Toleranz, nach dem Schund- und Schmuggelgesetz in München auf den Index gesetzt und für das ganze Reich geächtet? Von Lessing bis Kütz! Von 1779 bis 1926!

Wegen eines angeblichen Affenlatsplanes gegen Primo de Rivera sind in Madrid anarchistische Gewerkschafter verhaftet worden.

Arbeiter-Abiturienten.

Der Arbeiter-Abiturienten-Kursus am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium in Reutlingen hat wieder einen Erfolg gebracht. Nachdem sich Ostern, wie bereits gemeldet, von fünf Kandidaten vier die Reife erlangten — einer war vor der Prüfung zurückgetreten —, meldeten sich im Herbst 14, von denen 10 die Prüfung bestanden, davon die Hälfte Mädchen. Soweit der Bericht.

Was aber besagen die Zahlen? Sie zeigen deutlich, daß in den Kreisen, denen früher der Weg zur Hochschule versperrt war, sich viele finden, die den Voraussetzungen für ein wissenschaftliches Studium genügen. Sie zeigen ferner, daß früher und auch heute noch die Unwissenheit einer privilegierten Schicht vorbehalten ist. Denn die wenigen Arbeiter-Abiturienten, die auf diesem oder ähnlichem Wege zur Hochschule kommen, machen nach dem letzten statistischen Bericht nur 0,01 Proz. der gesamten Studentenschaft aus.

Die Abiturienten in Reutlingen sind vorwiegend Volksschüler gewesen und haben kaum eine weitere Vorbildung gehabt als die, die ihr jeweiliger Beruf erfordert. Wenn sie nun nach dreijähriger Ausbildung, belastet durch den ständigen Kampf um ihre wirtschaftliche Existenz, demnach als Externen bei einmaligem Anlauf die Prüfung bestanden haben, so zeigt das von einer außergewöhnlichen Willenskraft und Leistungsfähigkeit. Die Arbeiterschaft kann stolz sein auf diese ihre jugendlichen Vertreter. Zugleich aber muß sie in verstärkter Weise die Forderung aufstellen, allen Fähigen den Weg zur Hochschule zu öffnen. Es kann nicht angehen, daß Arbeiterkinder zurückbleiben müssen, weil die Mittel für die Gymnasien fehlen oder weil die Kinder bereits mit verdienen müssen. Es kann nicht angehen, daß fähige Schüler Zeit und Kraft verbrauchen müssen, um das Mindestmaß der Existenz durch Lohnarbeit aufzubringen. Es kann erst recht nicht angehen, daß die freien Schulen wieder der Aufsicht Konfessionsbeauftragter überantwortet werden oder daß die Reifezeugnisse Preußens für Bayern ungültig sind, wenn sie nicht an einer „deutschen Volkshochschule“ erlangt sind! Nur der Staat darf hier die maßgebende Instanz sein, und der hat dafür zu sorgen, daß jedem Fähigen der Weg zur Hochschule offensteht.

Nun noch ein Wort über die, die das Reifezeugnis nicht erlangt haben. Man darf überzeugt sein, daß sie ihr möglichstes getan haben. Aber es mögen einige von falschen Voraussetzungen ausgegangen sein. Nicht jeder trägt die Fähigkeit zum wissenschaftlichen Studium in sich, wie nicht jeder für das eine oder das andere Handwerk berufen ist. Hier muß unbedingt eine sorgsame Auswahl getroffen werden, und es ist wohl nicht ganz richtig, daß die Schüler ohne Vorprüfung in die Kurse aufgenommen werden, mit dem Hinweis darauf, daß eine Vorprüfung vielleicht Fähige zurückweisen kann, da sie immer nur an Zufälligkeiten gebunden bleibt, daß aber die Unfähigkeit im Laufe der Zeit unweigerlich sich zeigt. Die Arbeiterschaft braucht Kräfte überall dringend, sie kann sich nicht erlauben, zeit- und kraftraubende Experimente vorzunehmen.

Bei dem jetzt laufenden Kursus, der 42 Schüler umfaßt, ist bereits vor der Aufnahme eine Auswahl versucht worden. Immerhin wird auch hier noch der eine oder andere abfallen. Es muß unbedingt darauf hingewiesen werden, daß der gute Wille nicht ausreichend, wenn auch immer notwendig ist.

Mit dieser Prüfung schließt der erste große Versuch ab. Er hat

Die Länder und die Fürstenhäuser.

Ein sozialdemokratischer Geschenktwurf.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Entwurf eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Umänderung der Fürstenhäuser eingebracht:

§ 1. Die Länder werden ermächtigt, die vermögensrechtliche Umänderung der Fürstenhäuser mit den Mitgliedern der Fürstenhäuser, die bis zur Staatsumwälzung des Jahres 1918 regiert haben, unter Ausschluß des Rechtsweges durch Landesgesetz vorzunehmen.

§ 2. Wird durch ein Landesgesetz eine Enteignung ausgesprochen, so kann die Entschädigung ebenfalls durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges festgesetzt werden. Eine Entschädigung ohne Entschädigung ist zulässig.

§ 3. Die Länder werden ermächtigt, durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges die Ansprüche der in den Artikeln 57, 58 Absatz 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch sowie in dem Gesetz vom 25. März 1904 (Reichsgesetzblatt Seite 149) bezeichneten Häuser und ihrer Rechtsnachfolger (Standesherrn) auf Staatsrenten oder ähnliche Staatsleistungen mit oder ohne Entschädigung für erloschen zu erklären.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Mit dem Antrage greift die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf einen Vorschlag zurück, den sie bereits im Jahre 1923 gemacht hat und der jetzt nach dem Scheitern des Volksbegehrens die Möglichkeit bietet, die Interessen des Staates gegen die Fürsten durchzusetzen, die sich immer noch weigern, die Interessen der Länder zu berücksichtigen und nur ihre egoistischen Interessen wahrzunehmen. Der Antrag soll den Ländern auch das Recht geben, mit den Ansprüchen der Standesherrn fertig zu werden, die zum großen Teil nur deshalb noch Geldansprüche stellen, weil ihre Vorfahren bis zum Jahre 1805 in irgendeinem kleinen Lande Deutschlands regiert haben.

Das Notgesetz.

Vorschläge der Regierungsparteien unbefriedigend. Eigene Vorschläge der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Donnerstag den Bericht ihrer Unterhändler über die Besprechungen mit der Reichsregierung wegen des Notgesetzes über die Arbeitszeit entgegen. Nach eingehender Aussprache beschloß die Fraktion, ihren Sozialpolitischen Ausschuss zu beauftragen, eigene Vorschläge zur Arbeitszeit auszuarbeiten, durch die die Verordnung vom 13. Dezember 1923 im Sinne der Vorschläge der Gewerkschaften aller Richtungen abgeändert wird.

Die von der Regierung und den Regierungsparteien vorgelegten Vorschläge sieht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als völlig unbefriedigend an.

Ein eigentümliches Gutachten.

Reichsverorgungsamt und Rassezugehörigkeit.

In Nr. 485 des „Vorwärts“ vom 14. Oktober 1926 wurde ein in der Zeitschrift „Schid“ wiedergegebener Brief eines jüdischen Kriegsbeschädigten abgedruckt, der die Mitteilung enthielt, daß das Hauptverorgungsamt Münster in einem ablehnenden Bescheid auf einen wegen Sentzens gestellten Versorgungsantrag folgende Bemerkung gemacht hat:

„Es handelt sich nicht um eine Sentzenstellung durch Wehrbefreiung, sondern es handelt sich bei dem Platfuß des Klägers um eine Rasseeigentümlichkeit.“

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat daraufhin dem Reichsarbeitsminister Beschwerde erhoben. Nach Prüfung des Sachverhalts hat der Herr Reichsarbeitsminister am 30. November geantwortet, daß die dem Wortlaut nach richtig wiedergegebene Bemerkung dem Gutachten

zweier ärztlicher Sachverständiger entstammt und in die Gegenschrift des Hauptverorgungsamts übernommen war. Das Hauptverorgungsamt versichere aber, daß keinerlei antisemitische Einstellung eine Rolle gespielt habe. Der Reichsarbeitsminister fügt hinzu: „Trotzdem mißbillige ich es, daß die ärztliche Beurteilung in einer Form erfolgt ist, die die Empfindungen des Beschädigten verletzen konnte, und daß das Sachverständigengutachten wörtlich in die Berungsgegenschrift aufgenommen wurde. Ich bin überzeugt, daß es sich um einen Einzelfall gehandelt hat.“

Völkischer Heldenmut.

Erst verleumden und dann seine guten Dienste anbieten!

Der völkische Schriftsteller Josef Sontag hatte in seinen „Grünen Blättern“ den preussischen Ministerpräsidenten, Genossen Braun, wegen seiner Hamburger Reichsbannerrede gegen das Verlangen der Justiz grüßlich beschimpft und mußte sich deshalb vor dem Erweiterten Schöffengericht Schöneberg verantworten. Der Ministerpräsident war als Nebenkläger durch den Rechtsanwalt Dr. Landsberg vertreten.

Die Gefinnung des Sontag, der zeitweise in deutschnational-völkischen Kreisen eine gewisse Rolle spielte, geht aus einem Brief hervor, den er am 23. Oktober an den Ministerpräsidenten richtete. In dem Schreiben bat er um Nachsicht und Entschuldigung und um Zurücknahme der Klage. Das Skriptum schließt mit den Worten:

„Sie dürfen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, versichert sein, daß ich den Dank für ein Entgegenkommen auch durch meine zukünftige Haltung Ihnen gegenüber abzustatten jederzeit bereit sein werde.“

In der Verhandlung selbst versuchte sich der Angeklagte zunächst aufs hohe Pferd zu setzen und sich als den von edler Leidenschaft getriebenen Schützer der Justiz hinzustellen. Seine Rolle gelang ihm daneben. Der Oberstaatsanwalt wies auf den Brief des Angeklagten hin. Ein größeres Schuldbekenntnis könne es nicht geben. Während er noch im Oktober bereit war, alles zurückzunehmen und seine Blätter in den Dienst des Ministerpräsidenten zu stellen, scheint er jetzt von dritter Seite in die von ihm zur Schau getragene Rolle hineingedrängt worden zu sein. Der Antrag des Oberstaatsanwalts lautete auf 7 Monate Gefängnis wegen öffentlicher Beleidigung und übler Nachrede. Rechtsanwalt Dr. Landsberg forderte die Anwendung des § 8 des Republik-Schutzgesetzes. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schenk, riet dem Angeklagten, eine befriedigende Erklärung abzugeben, da die Sache sonst für ihn sehr schlimm ausgehen könne. Damit hatte Sontag seine Rolle ausgespielt. Er erklärte sich bereit, sich zu entschuldigen, die Kosten für das Gericht und die Ausgaben des Nebenklägers zu übernehmen und folgende Erklärung in den „Grünen Blättern“ zu veröffentlichen:

„Ich stehe nicht an, meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß ich den Ministerpräsidenten beleidigt habe, und ich bitte ihn um Entschuldigung. Zugleich nehme ich die beleidigenden Vorwürfe zurück, nachdem ich mich in der Hauptverhandlung von ihrer Unbegründetheit überzeugt habe.“

Rechtsanwalt Dr. Landsberg behielt sich die Zurücknahme des Strafantrages binnen vier Tagen vor, da er erst mit dem augenblicklich von Berlin abwesenden Ministerpräsidenten Rücksprache nehmen müsse. Er glaubte aber, schon erklären zu können, daß der Zurücknahme nichts im Wege stehen dürfte, da Ministerpräsident Braun an der Bestrafung des Angeklagten kein Interesse habe.

KPD.-Politik.

Im Geschäftsordnungs-Ausschuss des Preussischen Landtages stand am Donnerstag ein kommunistischer Antrag gegen die angeblich unberechtigte Entlassung des kommunistischen Abg. Abel aus den Diensten der Preußung auf der Tagesordnung. Da weder der Referent der kommunistische Fraktionsvorsitzende Bied, noch ein anderer kommunistischer Abgeordneter erschienen waren, vertagte der Ausschuss die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit. — Pflichterfüllte Parlamentarier!

sucht und empört über die Unstiftlichkeit einer Liebeszene, das Hoftheater während der Vorstellung verlassen. An den Generalintendanten wurde das Anstehen gestellt, Wiederbruch zur Zurückziehung seines Dramas zu veranlassen. Wiederbruch lehnte ab und Hochberg legte sein Amt nieder. Das war 1903. Sein Nachfolger wurde Georg von Hülsen, der dann, glatt wie ein Wal, glücklich bis zur Revolution durchwurzelte.

Der Verband Deutscher Erzähler sah auf seiner Generalversammlung den Beschluß, ein Schreiben an die Vorstände der Fraktionen im Preussischen Landtag zu richten, in dem es heißt: „Die Generalversammlung und der Vorstand des Verbandes Deutscher Erzähler danken den Parteien des Landtages für ihre Unterstützung des Antrages Buchhorn, die Staatsregierung zu ersuchen, zur Vindictive der Rot unter den deutschen Schriftstellern genügende Mittel bereitzustellen, auf das wärmste. Nur bebauert sie, feststellen zu müssen, daß dieser Antrag bisher ohne praktische Auswirkung geblieben ist. Die Generalversammlung und der Vorstand bitten daher die Parteien, dem Antrag nunmehr dadurch eine noch feierlichere Form zu geben, daß sie die Summen, die sie für die Vindictive der Rot bereitgestellt wissen wollen, ausdrücklich nennen, weil sich die Generalversammlung nicht denken kann, daß die Worte „nach Maßgabe der vorhandenen Mittel“ eine Interpretation erfordern, nach der die notleidenden Schriftsteller leer ausgehen.“

Wie sieht man Mammus? In dem Schacht eines polnischen Kohlenbergwerks wurde kürzlich ein gut erhaltenes Mammusfossil gefunden. Man berichtete der zuständigen Bezirkshauptmannschaft von dem wissenschaftlich wertvollen Fund, worauf nach ein paar Wochen von dort die Nachfrage kam, was mit dem Funde geschehen sei. Man konnte der Bezirkshauptmannschaft nur mitteilen, daß das gesamte Mammusfossil auf unerklärliche Weise verschwunden sei. Da man nicht annehmen konnte, daß das Mammus aus seinem vieltausendjährigen Schlaf plötzlich wieder erwacht sei, stellte man weitere Erhebungen an und konnte schließlich feststellen, daß es auf illegale Weise nach Frankreich gebracht und dort verkauft sei. Nun bemüht sich die polnische Diplomatie, das Mammus wieder zurückzubekommen, während interessanter doch die Frage wäre, wie man überhaupt derartige Objekte finden kann.

Der Maler Otto Nagel eröffnet am 4. nachm. 5 Uhr, im „Sängerheim“, Weddingstr. 9, eine Sonderausstellung seiner Arbeiten. Der Eintritt zur Ausstellung, die bis Ende Dezember, täglich von 9-7 Uhr geöffnet sein wird, ist frei.

Der gebürtige Tänzer Spiegel veranstaltet am 8. und 10. abends 8 1/2 Uhr, in der Kunstausstellung Der Sturm, Goldammer Str. 134 a, einen Tanzabend. Spiegel tanzt in Originalkostümen und Originalmasken u. a. Tombak-Tanz, javanischer Grotoklang, japanischer Schwerttanz, tonkinische Phantastik.

Das Buch der Schöffenden. Unter diesem Titel veranstaltet die Vereinigung linksgerichteter Verleger eine Weltmarkt-Bücher-Ausstellung. Dieselbe soll im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 23/24, vom 9. Dezember täglich von 12-7 Uhr geöffnet sein.

Streckmann als Nobelpreis-Kandidat? Nach einer Meldung aus Kopenhagen wird als Kandidat für den diesjährigen Friedenspreis der Nobelpreis-Stiftung neben dem amerikanischen Vizepräsidenten Dawes und dem englischen Arbeiterführer Macdonald auch der Reichsaussenminister Dr. Streckmann als Schöpfer des Berles von Locarno genannt.

gezeigt, daß der Ruf nach Arbeiter-Abiturienten-Schulen berechtigt ist. Erfahrungen sind gesammelt, die den weiteren Kursen nützlich sein werden. Aber noch sind es Kurse, die mit den ganzen Schwierigkeiten der Privatunterrichtsbelastung sind. Es wird Zeit, hier staatsweiserweise einzugreifen und die unberechtigte und ungeredete Belastung von den Kursen zu nehmen, d. h. sie als reguläre Schule anzuerkennen.

Kana Pawlowa begann ein Gastspiel im Theater des Westens. Ihr Ensemble — etwa 40 Tänzer und Tänzerinnen — begleitet sie. Der erste Abend brachte das Ballett „Die Puppensee“, „Chopiniana“ und sieben Diversissements. Eigentlich ist alles, was das alte Ballett gibt, Diversissement. Was es unvermittelt nacheinander erscheinen oder am Ende einer Handlung aufgereiht sein. Und die aufgezogenen Automaten, die in der „Puppensee“ ihr Penum abspinneten, sind Symbole dieser Kunst. Symbole einer phänomenalen Technik und einer absoluten Seelenlosigkeit. Kunst? Manege, verehrtes Publikum! Man soll die Grenzen nicht verwischen. Wozu die Pawlowa selber freilich verfehlen könnte. Denn diese ist mehr als eine akrobatische Gummi-Puppe. Sie ist in ihrer Art ein ganzer Kerl. Ein prüfendes Temperament und eine große Schauspielerin. Und ihre Tänze, soweit sie nicht bloße Varieténummern, technische Bravourstücke sind, geben Stimmung, gestalten Seelisches. Allerdings verliert die Stimmung, sobald der Tanz zu Ende ist, es schwingt nichts in uns nach. Und das in rhythmischer Bewegung Gestaltete ist die Welt eines kleinen Rotofischiens, nett, zierlich, amüsiert, ohne Kraft und Tiefe. Uns weitestern und weitestrem. Noch ferner und fremder erscheinen die Ensembletänze des russischen Ballettkorps. Choreographisch dürftig, technisch — soweit die Zusammenarbeit in Betracht kommt — salopp. Wir sind durch unsere modernen Tanzgruppen an eine reinlichere Akkuratheit und Ernstheit gewöhnt. Hier knippt nichts, jeder hat vor allem das Bedürfnis, sich selbst zur Geltung zu bringen, einheitliche Gesamtwirkung kommt selten zustande. Alles in allem: ein überlebter Kunststil, dessen Reuebelebend weder möglich noch wünschenswert erscheint.

Graf Volko Hochberg, langjähriger Generalintendant der königlichen Schauspiele in Berlin, ist dieser Tage, 83jährig, gestorben. Er hatte sich als Komponist und als Begründer der Schloßischen Musikfeste bekannt gemacht, als der alte Wilhelm 1886 ihn als Nachfolger Balthus von Hülsen zum Leiter seiner Hofkapelle machte. In diesem Amt beging Hochberg die „revolutionäre“ Tat, Gerhart Hauptmann auf die Bretter des Schauspielhauses zu bringen. Allerdings nur in der milden Form von „Hanneles Himmelfahrt“. Trotzdem erregte er Anstoß. Fürst Hohenlohe, damals noch Statthalter in Stralburg, der einer Aufführung des Stückes beigewohnt hatte, schrieb unterm 14. Dezember 1893 in sein Tagebuch: „Heute Abend im „Hannele“. Ein gräßliches Nachwerk. Sozialdemokratisch-realistisch, dabei von krankhafter, sentimentaler Mystik. Unheimlich, nervenangreifend, überhaupt scheußlich. Wir gingen nachher zu Borchardt, um uns durch Champagner und Kaviar wieder in eine menschliche Stimmung zu versetzen“. Aber nicht Gerhart Hauptmann, sondern der lajertreue und keusche Wiederbruch war es, über den Hochberg schließlich zu Fall kam. Die Kaiserin hatte mit ihrer Tochter die Aufführung eines Stückes des Hohenollernbarben be-

Gefler weiß von nichts. So schreibt er an Löbe.

Nachdem der Reichstagspräsident, Genosse Löbe, mehrfach öffentlich sich über die Werbungs methoden der Reichswehr geäußert und dabei auf gewisse Zusammenhänge von Reichswehrstellen mit Führern sogenannter „vaterländischer“ Verbände hingewiesen hat, steht sich der Reichswehrminister Gefler veranlaßt, ihm in einem langen Brief zu versichern, er habe alle die Angaben nachgeprüft und festgestellt, daß nichts von alledem zutrefte!

Es sei zwar richtig, daß einige der genannten ehemaligen Offiziere, z. B. der Oberleutnant a. D. Wilhelm in Hanau und der General a. D. Rembe in Fulda „gelegentlich“ Einstellungsgesuche junger Leute, die ihnen persönlich bekannt waren, an die Reichswehr mit der Bitte um Berücksichtigung übersandten. Aber in keinem der Fälle hätten diese ehemaligen Offiziere die Aufnahme auch nur eines einzigen Freiwilligen tatsächlich beeinflusst. Außer von solchen Offizieren würden ähnliche Eingaben auch von anderen Staatsbürgern gemacht. Sie alle aber werden in gleicher Weise genauester Nachprüfung unterworfen.

Das letztere trifft auch zu auf den Obersten Lud., den Führer der „Olympia“ in Berlin, über den Genosse Heilmann seinerzeit im Preussischen Landtag ausführlich gesprochen hat. Der damals von Heilmann verlesene Brief einer amtlichen Reichswehrstelle an die „Olympia“, in dem ausführliche Gutachten über „meistens vaterländische Gesinnung“ und der Nachweis erbeten wurden, daß der in Einstellung bei der Reichswehr Empfohlene „auf völkischem Boden“ steht, sei nach den Feststellungen des Reichswehrministeriums der Brief niemals geschrieben worden! Wir nehmen an, daß Genosse Heilmann, sobald er Kenntnis von diesen Erklärungen Geflers erhalten hat, ihm näheres über den Inhalt und den Verfasser des Briefes zu sagen haben wird.

Der Stahlhelmann als Mörder.

Verhandlung vor dem Breslauer Gericht.

Breslau, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Großen erweiterten Schöffengericht in Breslau begann am Donnerstag ein Strafprozeß gegen den Stahlhelmann Magiera aus Kottowik, der in der Nacht zum 29. August d. J. den Reichsbannermann Felix Doktor auf offener Straße in Breslau nach einem Wortwechsel niedergeschossen hat. Da der Haß große Erregung in der Breslauer Bevölkerung hervorgerufen hatte und die Beerdigung des gefallenen Sozialdemokraten zu einer mächtvollen Kundgebung gegen die Waffenspieler und Mißachtung des Menschenlebens durch die Stahlhelmeute geworden war, wurde das Breslauer Landgerichtsgebäude am Donnerstag durch starkes Schupo aufgebot gegen Störungen besonders gesichert.

Die umfangreiche Zeugenvernehmung wurde vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Formlich, in einer Weise vorgenommen, die kaum Gelegenheit zu sperrlichen Beanstandungen geben wird, tatsächlich aber — wohl ungewollt — der Entlastung des Angeklagten einseitig zugute kam. An dem Zusammenstoß waren im ganzen zwei Stahlhelmeute und drei Reichsbannermänner beteiligt gewesen. Der zweite Stahlhelmann, ein junger Banbeamter namens Schön, wurde verurteilt und seine Aussagen, die die Stahlhelmeute als die Angegriffenen hinstellen, wurden durch Gegenfragen oder andere Anzeigungen kaum beanstandet. Dagegen wurde der Parteifunktionär Wille, der sich in der Begleitung des Erschossenen befunden hat und der ganz klare und eindeutige Angaben machte, immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß er sich einem Reineidsverfahren aussetze, weil er in Widerspruch mit den Angaben des Stahlhelmschützen kam. Der parteigebissene Belastungszeuge befand sich dabei mit allen Einzelangaben in Uebereinstimmung mit denjenigen Zeugen, die parteipolitisch überhaupt uninteressiert als Zuschauer die Vorgänge bemerkt hatten.

Der zweite Begleiter des Erschossenen versagte allerdings in der Vernehmung vollständig, da er infolge früherer Raportverletzungen und wegen starken Alkoholgenußes in nicht ausagefähigem Zustand erschien. Der Verteidiger machte immer wieder den Versuch, wenigstens den Glauben vor seinen Schilling in Anspruch zu nehmen, daß er bedroht gewesen war. Stark zugunsten des Angeklagten setzten sich auch die medizinischen Sachverständigen ein, die auf Grund eines einzigen Körnchens Pulver, das am Kopf des Erschossenen gefunden wurde und von dem nicht einmal einwandfrei feststeht, daß es wirklich Pulver war, sehr gewagte Schätzungen über die Nähe der Kämpfenden abgaben und damit die Belastungszeugen zu widerlegen suchten.

Belgien und die Entwaffnungskontrolle.

Ein Vermittlungsvorschlag.

Brüssel, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Zu den Berliner offiziellen Einwendungen gegen den Standpunkt der belgischen Regierung in der Militärkontrollfrage wird Ihrem Vertreter von unterrichteter Seite mitgeteilt: Zunächst ist zu unterstreichen, daß der Vorschlag, wonach zwischen der interalliierten Kontrolle und der Völkerbundskontrolle keine Unterbrechung eintreten dürfe und bis zur Regelung dieser Frage des Ratsprotokoll von 1924 zu gelten habe, von England stammt. Diesem Vorschlag hat Belgien wie die anderen alliierten Mächte erst nachträglich zugestimmt. Allerdings war bekannt, daß Stresemann schon in Vocarno gegen das Ratsprotokoll zur Durchführung des Versailler § 213 protestiert hat. Die belgische Regierung teilt im wesentlichen Deutschlands Auffassung in dieser Frage.

Deutschlands Befürchtung, daß das Provisorium der Völkerbundskontrolle im Sinne des Ratsprotokolls von unabsehbarer Dauer sein könnte, hält man hier für unbegründet. Nach belgischer Ansicht kann es sich nur um einen Uebergangszustand von höchstens einigen Monaten handeln. Der belgische Vorschlag einer gemeinsamen Kontrollkommission in der entmilitarisierten Zone ist zunächst als Konzession an Deutschland gedacht, um diesem die Anwendung des Investigationsprotokolls in der Zwischenperiode zu ersparen. Zugegeben wird, daß die gegenseitige Kontrolle im entmilitarisierten Gebiete mit dem Investigationsrecht laut § 213 direkt nichts gemein habe und daß eine Durchführung des Vocarno-Vertrages eingesehen werden könnte. Aber nach hieriger Ansicht würde eine solche Durchführung des Vocarno-Vertrages der Frage des Investigationsrechtes laut Artikel 213 viel an Bedeutung entziehen. Außerdem würde Deutschland dann eine starke Waffe haben, um die Ausdehnung der Vocarno-Kontrolle auf die alliierten Gebiete zu fordern. Deutschland müsse vor allem bedenken, daß keine der alliierten Mächte geneigt ist, auf das Investigationsprotokoll zu verzichten, solange über die Kontrollfrage eine Einigung mit Deutschland nicht erzielt ist, und ferner, daß die weniger entgegenkommenden alliierten Mächte bei deutscher Unnachgiebigkeit die interalliierte Kontrolle mit der Begründung aufrechterhalten können, Deutschland sei noch nicht allen seinen Abrüstungsverpflichtungen nachgekommen.

Aufbau der Republik.

Rundgebung der Republikanischen Union. — Reden von Löbe, Wirth und Haas.

Die gemeinsam vom Reichsbanner und der Republikanischen Union veranstaltete Rundgebung, in der die Führer der Republikanischen Union, Reichstagspräsident Löbe, Reichstagsabgeordneter Dr. Haas und Reichstagskanzler a. D. Dr. Wirth sprachen, fand gestern abend in der neuen Stadthalle Klosterstraße statt. Die Stadthalle war bis auf den letzten Platz gefüllt. In den Gängen und auf der Galerie stauen noch Hunderte. Von der Galerie und von beiden Seiten des Rednerpultes grüßen schwärzrotgoldene Banner. Nach kurzen Begrüßungsworten des Reichstagsabgeordneten Genossen Hildenbrandt tritt als erster Reichstagspräsident Löbe an das Rednerpult. Minutenlang nicht endender Beifall begrüßt ihn. Unter dem ungeheuren Beifall der Versammlung, sehr oft stürmisch unterbrochen durch begeisterte Zurufe, führt Genosse Löbe aus:

Die Republikaner sind in ihrem Kampfe um die Festigung des Staatslebens immer noch gehemmt. Noch immer gibt es Hunderttausende von Volksgenossen, denen das Notwendigste zum Leben fehlt. Ihnen muß erst geholfen werden; Arbeit und Brot für sie zu schaffen ist notwendig. Es drängen sich wieder Kräfte in den Staat, um Einfluß und Macht zu gewinnen. Wir sagen als Republikaner, daß wir uns von unserem Aufbauwerk im Staat nicht verdrängen lassen. Wir wollen endlich die Umgestaltung des Heeres. Auch die Justiz solle ich nicht aus. Vielleicht haben wir selbst geändert, als wir 1918 so schnell die Waffen wegwarfen und sie in der Hand von Abenteurern ließen. Wir haben Vorschläge gemacht, nach denen jedes Jahr ein Zustrom republikanischer Kräfte in die Reichswehr uns — dem Staat — in vier bis sechs Jahren eine zuverlässige staatsreife republikanische Truppe schaffen kann. Der Nachfolger Seeckt hat mit Ehrlichkeit und Offenheit seine Arbeit begonnen und ist bereit, nichts im Heere zu dulden, was das Heer vor der Regierung nicht verantworten kann. Die Justiz hat im Volk das Vertrauen verloren und wenn sie es nicht schnell zurückgewinnen trachtet, dann müssen wir es genau so machen wie Frankreich 1875, nämlich auch sechs Wochen einmal die Unabsehbarkeit auszuschalten, um eine Generalreinigung vornehmen zu können.

Als nächster Redner sprach Reichstagsabgeordneter Haas, der gleichfalls stürmisch begrüßt, ausführte: Die Republikaner müssen fester zusammenstehen. Ich schätze jeden Personalreferentenposten, an dem ein Republikaner steht, höher ein, als ein Gelehrter. Was nützen uns Gelehrte, wenn die Ausführung in reaktionären Händen liegt. Die Staatsanwälte sind nicht unabsehbar! Warum wird nicht bei ihnen begonnen? Als letzter Redner spricht Reichstagskanzler a. D. Dr. Wirth. Unter begeisterten Zurufen und Zustimmungen führt der temperamentvolle Kämpfer aus: Es gärt in den Lagern der republikanischen Parteien. Es mehren sich die Stimmen derjenigen, die fühlen, daß in der Republik sich nur die Reaktionären wohlfühlen. Die Vermittler haben es im Reichstag hören müssen, daß kein Geld für sie da ist, erleben es aber jeden Tag, wie unnütz Geld ausgegeben wird. Ich warne meine Parteifreunde. Jetzt ist der Augenblick, wo sie Hunderttausende durch schnelle Hilfe an den Staat heranzuführen können. Wir haben es erreicht, daß das Zentrum eine republikanische Partei geworden ist. In den Wandelgängen des Reichstages hört man in diesen Tagen viele Unterredungen, aber nirgendwo Offenheit. Man kann nicht über Reichswehr und Justiz urteilen, ohne die Männer zu kritisieren, die dafür verantwortlich sind, und die stehen in unseren Parteien. Ich ringe mit den vorhandenen reaktionären Kräften in meiner Partei und freue mich über das, was ich durchsetzen kann. Wir wollen Herrn Gefler sagen: Wenn er nicht in der Lage ist, das Vertrauen des Volkes zurückzuerobieren, dann soll er seinen Platz einem tüchtigen Republikaner überlassen. (Stürmische Zustimmung.) Briand hat in seiner letzten Rede auf meine Ausführungen im Reichstag geantwortet und behauptet, nicht Deutschland, sondern Frankreich habe für die Verständigung bisher immer Opfer gebracht. Er hat weiter ausgeführt, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kein Opfer, sondern eine Ehre sei. Ich erkenne das an, dann ist es aber mit der Ehre nicht vereinbar, daß ein Staat Land des anderen Staates noch Jahrzehnte besetzt und daß im Rheinland unsere Jugend unter Bajonetten erzogen werden muß. Die Bajonette gehören in die Arsenale. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Die Ostfragen im Reichstag.

Stürmische Debatte im Hauptauschuß.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern beim Nachtrogsetat für das Innenministerium mit dem Sofort-Programm zur wirtschaftlichen und kulturellen Förderung der östlichen Grenzgebiete Preußens. Die Regierung hatte für diesen Zweck in den Nachtrogsetat des Reichsministeriums des Innern den Betrag von 32 Millionen Mark eingelegt. Nach langen Verhandlungen im „Ostauschuß“ war mit Zustimmung der Regierung dieser Betrag auf 41 Millionen erhöht und ein dementsprechender, von fast allen Parteien gezeichneter Antrag eingebracht worden. Im letzten Stadium dieser Verhandlungen war dann der Betrag auf 43 Millionen erhöht worden, und zwar sollten die neu hinzugefügten 2 Millionen für die bayerischen Regierungsbezirke Oberpfalz und Niederbayern verwendet werden. Gegen diese Erhöhung der Summe um 2 Millionen erhob die Regierung Widerspruch. — Es kam deshalb vor der Plenarsitzung am Vormittag im Hauptauschuß zu einer stürmischen Sitzung.

Die Debatte im Hauptauschuß.

Im Laufe der Debatte gingen zwei weitere Anträge ein, von denen der eine den ursprünglich angeforderten Betrag von 32 Millionen um 30 Millionen erhöhen, während der andere auch die Grenzgebiete in Schleswig-Holstein mit 2 Millionen berücksichtigt haben wollte.

Vom sächsischen Gesandten, Genossen Dr. Gradnauer, wurde darauf hingewiesen, daß bei solcher Erweiterung des ursprünglichen „Ostprogramms“ auch unbedingt die sächsische Lausitz in das Unterstützungsprogramm einbezogen werden müsse.

Ebenso erklärte Genosse Stellung, wenn das Programm der Unterstützung der Ostgebiete erweitert würde in ein Programm für alle notleidenden Grenzgebiete, dann müsse auch er sich vorbehalten, neue Anträge für bestimmte noch nicht einbezogene Gebiete zu stellen.

Genosse Schmidt-Berlin erhob Bedenken gegen die freie Verfügung über den Fonds durch die Regierung. Hier müßte eine Kontrolle des Reichstags eingefügt werden. Es bestünde die Absicht, die Pfandbriefe der ostpreussischen Landchaft von 10 auf 7 Proz. zu konvertieren, dafür sind 5 Millionen Mark in Aussicht genommen. Die Wirkung wird sein, daß der Großgrundbesitz in Ostpreußen einen Ruhen daraus zieht, während der Kleinbesitz, da er Hypotheken in nur möglichem Umfang aufnehmen konnte, leer ausginge. Gegen diese Art der Verwendung müsse Einspruch erhoben werden. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die Summe Verwendung finden solle zur Erleichterung des hypothekarischen Kredits. Die Summen seien bereits zur Verfügung gestellt. Gegen solches Verfahren erhoben die sozialdemokratischen Vertreter scharfen Protest und erklärten, daß es unerhört sei, wenn die Regierung Summen zur Verwendung stelle, die noch nicht vom Reichstag genehmigt sind.

Nach langen Geschäftsordnungsdebatten wurden trotz leidenschaftlichen Protestes der bayerischen Abg. Fehr und Dr. Pfeleger für besondere Maßnahmen zur wirtschaftlichen und kulturellen Förderung der östlichen Grenzgebiete Preußens nur insgesamt 41 Millionen bewilligt. Alle übrigen, denselben Etatmittel betreffenden Anträge wurden von der Ausschussbehandlung zurückgestellt und den Antragstellern anheimgegeben, sie eventuell im Plenum von neuem einzubringen.

In der Frage der verschiedenen vor einigen Tagen zur Turnbeistätigung gestellten Anträge war im Sparauschuß unter Zustimmung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eine Verständigung dahin erzielt worden, daß für diesen Zweck in den Nachtrogsetat des Reichsministeriums des Innern 500 000 Mark eingelegt werden. Von diesem Betrage sollen erhalten: das Turnhallengebäude auf dem Sportforum 200 000 Mark, die Arbeiter-Turn- und Sporthalle in Leipzig 200 000 Mark, das Stadion (Führerschule) der Deutschen Jugendkraft in München 100 000 Mark.

Die Plenarsitzung.

In der Plenarsitzung berichtete dann Abg. Schreiber (Z.) am Nachmittag über die Verhandlungen im Hauptauschuß.

Abg. Henkel (Dnat.) begrüßt es, daß für den gefährdeten Osten größere Beiträge bereitgestellt werden. Sie würden dazu beitragen, die kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Für die Landwirtschaft Ostpreußens müsse allerdings noch mehr geschehen.

Abg. Wlthla (Z.) weist darauf hin, daß die Grenzziehung im Osten, die auf die Dauer unhaltbar sei, sich außerordentlich ungünstig für die Ostprovinzen auswirke. Deshalb müsse gerade für diese Reichsgebiete, die man, wie besonders Oberschlesien, lange vernachlässigt habe, mehr als bisher tun. Sehr viel habe

Oberschlesien in der Zeit bis zur Abstimmung gelitten, noch heute seien die ungeheuren Schäden wirtschaftlicher und kultureller Art sichtbar.

Abg. Jaddach (Komm.) schildert das große Wohnungselend in Oberschlesien. Der Reichsminister beschäftige sich tagelang mit dem Schmutz- und Schundgesetz. Statt den wirklichen Schmutz und Schund im Osten zu beseitigen, die Entschädlungsverfahren würden rigoros durchgeführt, besonders nachdem ein Schuppen mit Entschädlungsmitteln absichtlich niedergebrannt worden sei. Man solle jetzt keine Kirchen, sondern Wohnungen bauen.

Abg. Fehr (Wirtsch. Bgg.) weist darauf hin, daß auch Bayern im gefährdeten Ostgebiete habe und nicht nur Preußen. Diese hätten auch berücksichtigt werden sollen. Solange die bayerischen Wünsche nicht erfüllt würden, werde die Partei des Redners auch dem anderen Ostgebiete die geforderten Mittel nicht bewilligen, sondern sich der Stimme enthalten.

Abg. Dr. Pfeleger (Bayr. Bp.) gibt der mangelhaften Vorberatung des „Sofort-Programms“ für den Osten die Schuld, daß Bayern nicht berücksichtigt worden sei. Im nächsten Etat müsse das jetzt Veräumte nachgeholt werden. Auch seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten.

Reichsinnenminister Dr. Kütz

weist darauf hin, daß bei der Bildung des Ostauschusses des Reichstags nur an Preußen und nicht an Bayern gedacht worden sei, deshalb enthalte das „Sofort-Programm“ nur Beihilfe für den preussischen Osten. Jemande Unfreundlichkeit gegen über Bayern sei daraus nicht zu entnehmen. Die Reichsregierung werde auf dem jetzigen Wege fortfahren und auch den gefährdeten Grenzgebieten Bayerns, Badens und Württembergs kulturelle Hilfe bringen.

Abg. Dr. Fride (Bölk.) beantragt nunmehr den Reichsfinanzminister herbeizuholen, damit er Auskunft darüber geben könne, ob für Bayern noch weitere 2 Millionen bewilligt werden können.

Der Antrag wird gegen Bölkische und Kommunisten abgelehnt. Abg. Dr. Kuntel (D. Bp.) beantragt, auch für die gefährdeten Gebiete Schleswig-Holsteins 2 Millionen zu bewilligen.

Abg. Stellung-Oppeln (Soz.)

begrüßt es, daß endlich etwas für den Osten getan wird. Die sozialdemokratische Fraktion werde der Vorlage zustimmen, besonders deshalb, weil noch einige ihrer Wünsche darin berücksichtigt worden sind. Nach den eingehenden Beratungen des „Sofort-Programms“ im Auschuß wäre es nicht nötig gewesen, hier noch lange Wahlkreisreden zu halten. Es hätte durchaus genügt, das Programm sich auswirken zu lassen. Es muß schnell gehandelt werden, weil schnelle Hilfe notwendig ist. Heute sind aber für verschiedene Gebiete des Reichs Ansprüche angemeldet worden. Zunächst kam Bayern. Wir waren erst der Auffassung, daß Bayerns Ansprüche sich gegen Preußen richteten, dann hätte aber auch Braunschweig kommen müssen, das vollständig von Preußen umrahmt ist. Wenn Bayern geholfen wird, dann ist es dringend notwendig, überall zu helfen, wo Grenzgebiete in Frage kommen. Wir werden den Antrag für Schleswig-Holstein nicht unterstützen, weil wir einen eigenen Antrag einbringen, der auch die Ansprüche umfaßt, die von Sachsen angemeldet sind.

Wir beantragen also, die Regierung zu ersuchen, für das Etatsjahr 1927 Mittel bereitzustellen, die erforderlich sind zur Abstellung der Mißstände in den bedrängten und notleidenden Grenzgebieten des Reichs.

Wir glauben damit allen berechtigten Wünschen Rechnung getragen zu haben. Auf Einzelheiten einzugehen, ist jetzt erstens nicht die Zeit, zweitens ist diese Angelegenheit in den zuständigen Ausschüssen ausführlich erörtert worden, und sie wird dort noch weiter erörtert werden. Wir haben die Hoffnung, daß durch das „Sofort-Programm“ die Arbeitsbeschaffung gefördert wird, besonders durch Wohnungsbau, durch Schulbauten, Chauffeebauten usw. Ich weise noch darauf hin, daß auf unseren Antrag die vorgesehene Kredithilfe nicht nur für den bedrängten Mittelstand, sondern auch für Angestellte und Arbeiter geleistet wird. Ueber die Verwendung der Mittel müssen uns Informationen gegeben werden, damit etwaige Wünsche vorgebracht werden, denen dann noch entsprochen werden kann. Der erste Schritt ist jetzt getan, für das Etatsjahr 1927 müssen weitere Mittel bereitgestellt werden, dann werden wir Gelegenheit nehmen, auf Einzelheiten einzugehen. Ich ersuche Sie, unseren Antrag anzunehmen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Gegen 4½ Uhr vertagt sich das Haus nach der an anderer Stelle wiedergegebenen Geschäftsordnungsdebatte auf Freitag mittag 12 Uhr.

Die Not der Erwerbslosen.

Der sozialdemokratische Antrag in der Stadtverordnetenversammlung.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung begann gestern die zweite Beratung des großen Programms der Notstandsaktion für die Erwerbslosen, das die sozialdemokratische Fraktion in dem unseren Lesern bekannten Antrag vorgelegt hat. Der Antrag, der von der Stadt hauptsächlich Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, Fortsetzung der bisherigen Notstandsmahnahmen, von der Reichsregierung eine Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge (u. a. höhere Unterstützungssätze, keine Befristung, keine Bedürftigkeitsklausel) fordert, ist im Ausschuss durch die Linke angenommen worden. Gestern vertrat unser Genosse Ulrich diese Forderungen noch einmal mit einer großen Rede, in der er die Not der Erwerbslosen schilderte und die Dringlichkeit rascher und wirksamer Hilfe nachwies. Die Mitglieder der rechtsstehenden Parteien hatten fast ausnahmslos den Saal verlassen und bekundeten so, wie wenig ihnen daran liegt, daß den Erwerbslosen geholfen wird. Die weitere Besprechung mußte wegen vorgerückter Zeit vertagt werden. Im ersten Teil der Sitzung kam es zu Auseinandersetzungen bei einem Antrage der Deutschnationalen, die über die Aufjindung „kommunistischer Kampfliederbücher“ im Landschulheim Jossen ein großes Geschrei erhoben. Ihnen hielt Genosse Kreuziger vor, daß sie sich ganz und gar nicht entkräftet haben, als bekannt wurde, daß auf einem Schulausschuss das Ehrhardt-Lied angestimmt worden war. Er erinnerte daran und belegte es mit Proben aus früheren Schulbüchern, daß in den Zeiten der Monarchie die Schule ein Werkzeug des Kampfes gegen die Arbeiterklasse gewesen ist.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten eröffnete der Vorsteher Genosse Hoff mit einem Nachruf auf den kürzlich verstorbenen früheren Vorsteher der Versammlung, Ehrenbürger Paul Michaelis, und mit der Verlesung eines Dankschreibens unseres Genossen Ferdinand Ewald anlässlich der ihm zu seinem 80. Geburtstag von den städtischen Körperschaften zuteil gewordenen Ehrungen. Ewald gehörte zu den ersten fünf sozialdemokratischen Vertretern, die im Januar 1884 in die Stadtverordnetenversammlung einzogen. — Dann verhandelte die Versammlung eine deutschnationale Anfrage. In dem Reußlener Landschulheim in Jossen sind Ende September dieses Jahres bei einigen

Schülerinnen kommunistische Kampfliederbücher gefunden worden, die bereits 1923 von der Polizei beschlagnahmt wurden. Der Stadtverordnete Herzog (DnL) begründete die Anfrage. Stadtschulrat Genosse Rüdahl antwortete namens des Magistrats sofort. Danach hat der Vorsitzende des Elternbeirates bei einem Besuch in der Schule bei einigen Schülerinnen die Bücher gefunden. Ohne daß er sich mit dem Leiter der Schule oder den anderen Mitgliedern des Elternbeirates in Verbindung setzte, hat er sofort Anzeige bei der Polizei erstattet. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis dieses Verfahrens, ebenso das Ergebnis der Untersuchung der Provinzialschulbehörde müsse abgewartet werden. Persönlich erklärte der Stadtschulrat, daß er es nicht billige, daß von irgendeiner Seite die Schuljugend politisch beeinflusst werde. Der Redner der Demokraten, Oberstudienrat Hildebrandt, betonte eingangs seiner Ausführungen, daß sich die Deutschnationalen den Vorwurf gefallen lassen müssen, in ein schwedendes Verfahren eingegriffen zu haben. Das Geschrei der Rechten ist entgegengekehrt. In jeder Hinsicht sehr stark. Zur Sache selbst führte Hildebrandt aus: Die Schülerinnen haben von dem betreffenden Studienrat den Text des alten „Glorian-Geyer-Liedes“ verlangt, und der Lehrer habe den Text in den Liederbüchern gefunden und sie danach den Schülerinnen gegeben.

Zu verurteilen ist unter allen Umständen das Vorgehen des famosen Vorsitzenden des Elternbeirates, der den Deutschnationalen sehr nahe steht. Das Vorgehen verstößt gegen alle Regel. Auf jeden Fall hat dieser Vertreter der Eltern-

schaft es fertig bekommen, den Frieden der Schule zu untergraben, dessen Aufrechterhaltung und Förderung mit zu den Obliegenheiten eines Elternbeirates gehört. Der Wert der ganzen Anfrage ergibt sich aus dem Boden, auf dem sie gewachsen ist. Stadtschulrat Barch (N.D.) meinte, daß es leicht gewesen wäre, die Liederbücher aus der Schule zu entfernen. Aber darauf kam es den deutschnationalen Schulhütern nicht an. Die parteipolitische Ausnützung des Falles ging ihnen über alles, und sie schredten dabei nicht davor zurück, die schmierigste Denunziation eines deutschnationalen Elternbeirates zu decken und zu verwerten. Für die sozialdemokratische Fraktion unternahm es Stadtschulrat Barch, die Absichten der Deutschnationalen ihrem inneren Gehalt nach darzustellen. Dabei kamen die Väter der Anfrage nicht gerade weg, und besonders Studienrat Herzog mußte manches einstecken, was ihm nicht gerade angenehm in den Ohren klingen mag. Genosse Kreuziger erklärte zu Beginn seiner Ausführungen, daß die sozialdemokratische Partei die Politisierung der Schulkinder als eine Veräußerung an der Kinderseele ansehe. Zu den Deutschnationalen gewandt, sagte er: Sie, meine Herren, sind alle Gegner der politischen Beeinflussung, sobald sie von der anderen Seite ausgeht. Solange Sie die Gewalt über die Schule hatten, nutzten Sie sie als

Klassenkampfschule gegen die Arbeiterklasse nach bester Möglichkeit aus. Genosse Kreuziger verlas eine Reihe von Aufsätzen aus früheren Lehr- und Lesebüchern, die zur Genüge bewiesen, wie die früheren Gewalthaber die Schule mißbrauchten. Ein Erlaß des Erklärers hat in unabweisbarer Weise den Anstoß dazu gegeben. So sind früher die Kinder politisch beeinflusst oder, im Jargon der Deutschnationalen zu reden, verhebt worden! Aber damals fand man nichts dabei, damals geschah das auf „allerhöchste Anordnung“. Aber auch heute noch entblenden sich Lehrer an den höheren Lehranstalten durchaus nicht, bei den Wahlen oder sonstigen Anlässen politische, das heißt deutschnationale Propaganda in den Schulen zu betreiben, wie das besonders bei der Hindenburg-Wahl zutage trat. Im weiteren Verlaufe seiner Polemik gegen die Antrager auf der Rechten konnte Kreuziger noch einen besonders trassen Fall von „Politik in der Schule“ zur Sprache bringen. In einer anderen Klasse der Jossener Landschule haben die Schülerinnen — aus eigenem Antriebe natürlich! — an den ehemaligen Kaiser nach Doorn einen Brief geschrieben,

in dem sie diesem Herrn ihre Ergebenheit versicherten. Der Erklärer hat mit einem gnädigen Brief an die Klasse geantwortet und hat diesem Brief sein eigenhändig unterschriebenes Bild beigelegt. Zum Gaudium der Linken des Hauses zeigte Redner das Bild herum, auf dem sich der Schlossherr aus Doorn mit einem seiner Dackel präsentiert. (Zuruf bei den Kommunisten: Das ist Hochverrat!) Warum haben die Deutschnationalen denn diese Angelegenheit, die ihnen und ihrem Elternbeiratvorsitzenden doch sicher nicht entgangen sein wird, nicht zum Gegenstand einer Anfrage gemacht? Aber das scheint etwas anderes zu sein, das ist keine politische Beeinflussung von Schulkindern! Wir sehen die ganze Anfrage als einen verzweifelten Versuch an, die linksstehenden Lehrer in Reußlän, in der unser Genosse Dr. Löwenstein Stadtschulrat ist, zu Fall zu bringen. Das wird den Herrschaften von Herrn Herzog nicht gelingen. (Bravo! links.) — Stadtschulrat Genosse Rüdahl wies in einer kurzen Bemerkung die Aufforderung Herzogs, der Magistrat solle in den Reußlener Schulverhältnissen nach dem Rechten sehen, zurück. Damit war die Anfrage erledigt. Eine längere Aussprache ergab der Verkauf eines Grundstückskomplexes am Hermannplatz in Reußlän durch die Nord-Süd-Bahn-Gesellschaft an den Warenhauskonzern Karstadt in Hamburg. Der Besprechung zugrunde lag eine Vorlage des Magistrats und Anträge und Anfragen der Zentrumspartei und der Wirtschaftspartei. Die Redner wandten sich dagegen, daß am Hermannplatz ein Warenhaus und ein Lichtspielhaus errichtet wird. Die Absicht geht dahin, den Platz im wesentlichen so zu belassen, ihn also nicht zu erweitern, sondern durch die Karstadt-A.G. ein Warenhaus zu erbauen zu lassen. Sollte einmal eine Verbreiterung notwendig werden, so könne immer noch nach der anderen Seite hin eine Verbreiterung vorgenommen werden. Genosse Heilmann wandte sich dagegen, daß in einer so wichtigen

Angelegenheit eine städtische Gesellschaft allein entscheidet, ohne daß die Stadtverordnetenversammlung gefragt wird. Der Redner forderte, daß durch solche Maßnahmen die Zusammenarbeit zwischen der städtischen Zentrale in Berlin und den Bezirken nicht gefördert werde. In der Abstimmung wurde unter Ablehnung aller Abänderungsanträge der Verkauf der Grundstücke gutgeheißen. — Angenommen wurde dann die Vorlage betreffend Uebernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft von 200 000 Mark für das Pestalozze-Fröbel-Haus. — Zugestimmt wurde auch einem Antrag unserer Fraktion, der eine Abänderung der Dienstordnung für die Angestellten der Bezirksarbeitsnachweise und der Fachabteilungen des Bundesarbeitsamtes Berlin zum Gegenstand hatte.

In vorgerückter Zeit wandte sich dann die Versammlung der Erledigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zu, die die

Linderung der Not der Arbeitslosen

zum Gegenstand haben. Genosse Heilmann berichtete aus den Verhandlungen des Ausschusses. Die dort gefassten Beschlüsse haben wir bereits im „Vorwärts“ vom Dienstag früh mitgeteilt. Als Redner unserer Fraktion nahm Genosse Ulrich in einem großangelegten Referat das Wort: Bei der Beratung früherer Hilfsmahnahmen für die Erwerbslosen ist man in diesem Hause von der Voraussetzung ausgegangen, daß sich die Wirtschaftskrise bald beheben werde. Jetzt sehen wir, daß nur die Inflationsländer Frankreich und Italien eine Scheinfonjunktur haben, während die Krise in Deutschland sich immer mehr verschärft, und ein Ende nicht abzusehen ist. In Deutschland sinken große Teile der Arbeiterschaft immer tiefer ins Elend. Von vielen Seiten wird versucht, die Wirtschaft anzukurbeln. Aber man tut das teils mit unzulänglichen, teils mit vollkommen verkehrten Mitteln. Unsere deutschen Unternehmer glauben, mit

Arbeitszeiterlängerung und Lohnabbau

die Wirtschaftskrise eindämmen zu können. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß sich unsere Voraussetzungen bewahrheitet haben, nämlich, daß nur durch eine Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung der Barentonsum gehoben werden kann. Solange noch große Teile der Bevölkerung mit der Erwerbslosenunterstützung auskommen müssen, und die selbst in Arbeit stehenden sich kaum das Nötigste anschaffen können, wird eine Belebung der Wirtschaft nicht eintreten können. Genosse Ulrich ging dann auf die Rationalisierungsbemühungen der Industrie ein, kritisierte das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und wandte sich in längeren Ausführungen gegen die mangelhafte Wohnungsversorgung der Stadt Berlin. Wollte man die fürchterliche Wohnungsnot auch nur einmaßen beheben, sollen auch nur die als dringlich bezeichneten Wohnungsreflektanten eine Wohnung zugewiesen erhalten, so müßten im Jahre mindestens 35 000 bis 40 000 Wohnungen gebaut werden. Der Redner wandte sich dagegen, daß die von der Allgemeinheit aufgedrückte Hauszinssteuer für Wohnungsbauten Verwendung findet, an denen die Allgemeinheit wegen ihrer Kostlosigkeit kein Interesse hat. Zu fordern ist eine gemeinwirtschaftliche Bearbeitung des Wohnungsbauproblems. Der Redner forderte dann weiter als Notstandsarbeiten den Bau von Verwaltungsgebäuden in den Bezirken, von Krankenhäusern und Schulhäusern. Auch die Neuausstattung der Krankenhäuser mit Inzentar dürfte einer ganzen Reihe von Industrien Beschäftigung geben. In fast allen Bezirken fehlen öffentliche Badeanstalten. Für all diese Arbeiten müssen Reichsbefehle erteilt werden. Aufhören muß auch die Leberlundenleistung bei den städtischen Behörden und besonders bei den städtischen Verkehrsunternehmungen. Die Stadt Berlin muß in der

Durchführung des Achtstundentages

vorangehen. Wenn wir in Berlin die Erwerbslosen nicht so unterstützen können, wie es nötig wäre, so stehen dem leider die gesetzlichen Bestimmungen entgegen. Wir fordern aber, daß Berlin seine schon eingeleitete Notstandsaktion verstärkt vorsetzt. Mit der Lieferung von billigem Brennmaterial, billigen Kleidern und Schuhen und Haushaltungsartikeln kann viel Not gelindert werden. Zunächst hat der Ausschuss dafür Mittel in Höhe von fünf Millionen bereitgestellt; wo die Mittel nicht ausreichen, müssen sie vermehrt werden. Bei der Vergabung von städtischen Arbeiten sollte die Stadt darauf dringen, daß nur solche Arbeitgeber berufligt werden, die sich verpflichten, den Arbeitsnachweis zu benutzen und die tariflichen Löhne und Arbeitszeit innezuhalten. Wir Sozialdemokraten haben schon immer die Pflichtarbeit abgelehnt und sind auch gegenwärtig mehr denn je für ihre Abschaffung. Die Notstandsarbeiter müssen in ein freies Arbeitsverhältnis übergeführt werden und tarifliche Entlohnung erhalten. Der Arbeitsvermit-

Die Wunder der Klara van Haag.

25] Von Johannes Buchholz.
Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

„Will er über die Turbine sprechen?“ fragte Egholm und richtete sich mit einem Nuck auf.

„Rein, aber über etwas anderes, das Sie möglicherweise interessieren wird. Frig schreibt mir, daß dieser Ingenieur hergeschickt wird, um irgend etwas bezüglich der Erweiterung der Eisenbahn auszumessen. Gleichzeitig soll er sich unter der Hand nach dem Preis von einigen Grundstücken — darunter ihrem — erkundigen, die man zu kaufen gedenkt. Frig schreibt mir das ganz zufällig, und es darf natürlich keiner von uns darüber reden.“

Die Mitteilung strich wie eine Flamme über Egholms Nerven.

„Ach du lieber Gott, da muß man ja ein Geschäft machen können!“

„Ja, das muß man wohl.“ sagte die Gnädige gleichgültig. „Unbedingt. Die Eisenbahn kann es sich leisten. Die ficht nicht auf einen Groschen, wenn sie mein Grundstück braucht. Sie bezahlt mir sowohl meine Auslagen für den Grund und Boden, wie für das Haus. Alles in allem wird es viel Geld. Wer ist dieser Frig, der Ihnen geschrieben hat?“

„Frig ist doch der Minister.“

„Ah, das ist ja schrecklich, zu denken...!“

„Seien Sie doch kein Snob, Egholm. Frig ist mein Freund, Egholm, mein bester Freund. Das ist doch mehr, nicht wahr? Aber sagen Sie mir, wieviel, glauben Sie, können Sie für Ihr Häuschen bekommen?“

„Ja.“ sagte Egholm und strich sich über die Stirn. Alle Berechnungen stürzten vor ihm davon wie durchgegangene Pferde. Er versuchte, die Zügel zu packen. Er wußte ja, was er selbst gegeben hatte, aber natürlich mußte man tollfoll verdienen bei einer solchen einzig dastehenden Gelegenheit. „Tausend Kronen mindestens!“

„Tausend Kronen! Das kostet ja ein kleines, billiges Klotter. Tausend für ein Haus mit großem Garten? Wie kommen Sie zu der Zahl?“

„Fünfhundert habe ich für den Bauplatz gegeben. Ich muß mindestens das Doppelte wiederhaben.“

„Aber das Haus?“

„Nun ja, das hat ja nichts weiter gekostet. Ich habe das Armenhaus gekauft und ja selbst das meiste davon zusammengekauft. Rein, das ist wohl nicht viel wert, aber der Baugrund war andererseits so billig, daß ich vielleicht ganze zweitausend verlangen kann. Für alles zusammen. Mit den Bäumen und Lilien des Gartens. Wenn Sie finden...?“

„Aber das Geschäft. Ist das denn nicht auch etwas wert? Sie verdienen hier so viel, daß Sie leben, sich ein Lustboot auf der See halten und mir Eingemachtes geben können. Vergessen Sie nicht das Geschäft!“

„Das nehme ich ja mit.“ lachte Egholm unsicher, aber er willigte doch ein, die Summe auf Zweitausendfünfhundert zu erhöhen.

„Mehr als das?“

„Nein, man kann ja leicht verlangen; aber kriegen, ist was anderes!“

Da sagte Frau van Haag, die ihr eigenes, sinnreiches Rechenystem hatte: „Jetzt haben wir den Preis für einen wirklich guten Flügel erreicht. Wenn wir nun noch tausend Kronen zulegen und mit zwei Multiplizieren, dann glaube ich, bekomme die Geschichte einen Sinn. Wieviel macht das? Richtig, Emanuel. Das macht siebentausend. Die Summe verlangen Sie von dem Ingenieur. Und wenn Sie mich übers Ohr hauen und einen Derr weniger sagen, dann schreibe ich an Frig und veranlasse ihn, den Bahnhof in eine ganz andere Stadt zu legen. Verstanden?“

„Aber...“

„Wenn Sie Einwände machen, erhöhe ich den Preis!“

Da schlug Egholm um. Er glaubte, das Geld schon in Händen zu haben, sein Gesicht begann zu schimmern. Er erhob sich wankend, und da Frau van Haag voraussehen konnte, daß er ihre Hand ergreifen und eine große Dankagung veranstalten wollte, machte sie sich schnell daran, Emanuels Bücher nachzusehen und die englische Arbeit mit ihm durchzugehen. Kurz darauf mußte Egholm ins Aterier, und da Emanuel mit einem Kameraden fortging, waren die Frauen allein.

„Was sagt Mütterchen nun zu diesem Handel, den ich wohl zustande bringen werde?“ sagte Frau van Haag.

„Ja, das ist ja ein so unermeßlich große Summe, daß man es gar nicht fassen kann. Ich habe nämlich nie etwas von Geld verstanden.“

„Ach auch nicht. Ich finde es eine lächerliche kleine Summe für all diese Herrlichkeiten. Rein instinktiv wußte ich nur, daß unser Freund seine Chance verderben würde, wenn er zu wenig verlangte. Er ist ja so, daß ihm nur das, was er nicht hat, wertvoll erscheint.“

„Aber doch mit einer Ausnahme...“

„Welche Ausnahme denn?“

„Sie. Es ist doch etwas ganz Merkwürdiges, wie er das mit Ihnen aussieht. Ich kann zuweilen früh morgens mit Kopfschütteln anfangen und den ganzen Tag dabei bleiben, wenn ich über die Sache nachdenke.“

„Wie ist die Sache denn?“ sagte Frau Klara lächelnd und lebhaft interessiert.

„Sie ist unverständlich und sonst nichts — deshalb schüttle ich den Kopf. Aber Egholm ist ein anderer Mensch geworden, seit Sie hergekommen sind. Er ist ja so gut geworden, daß mir zuweilen ganz unheimlich zumute werden kann. Und ich glaube, daß er krank oder so was ist. Schimpfen kann er natürlich noch, aber das ist gar nichts dagegen, wie es in alten Tagen war. Und mich schlagen... Es ist bald, als ob er vergessen hätte, wie er das anfangen sollte! Aber krank ist er nicht. Richtig die Spur. Er ist gut und er schläft gut. Niemand kann mich dazu kriegen, zu glauben, daß er krank sei. Er ist eher gesund, normal. Ja, das ist meine Meinung. Er ist auch früher tausende von Malen gut gewesen. Glauben Sie nicht, daß ich das nicht weiß. Zum Beispiel, als er mich an dem Tage, als ich mit den Kindern herkam, in Gegenwart vieler Menschen auf dem Bahnsteig von Anarrebj küßte. Das war einer der herrlichsten Tage in meinem Leben. Ebenso war die eine Nacht, als er dabei war, die Turbine fertig zu machen. Nicht ein Mensch auf der Welt würde mir glauben, wenn ich erzählte, wie er da gegen mich war. Und tausende von Malen in geringerer Nähe sonst. Gar nicht zu reden von der Verlobungszeit. Ach, Gott behüte! Wollen Sie glauben, daß er Berge auf mich geschrieben hat? Viele. Aber alles das, was ich erwähne, sind doch nur kurze Perioden gewesen, ein Nachmittage, ein Abend oder so. Hin und wieder auch ein, zwei, drei Tage — aber das rechne ich nicht, weil es ja immer nur die Tage vor der Lotteriezählung waren. Nicht wahr? Rein. Aber sonst ist ja nur sein harter Sinn zutage gekommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Ein Berliner Friedhofstreit.

Unmöglicher Plan der jüdischen Gemeinde.

Abseits der großen kommunalen Tagespolitik schwelen oft jahrelang Fragen ganz im Verborgenen, die wegen ihrer besonderen Art nie recht zur Lösung kommen wollen. Gelegentlich rühren eine Zeitungsnotiz, ein Anekdotum in den Bezirken, eine Anfrage in der Stadtkonferenz oder eine Besprechung in der Stadtkonferenz wieder daran. Die Entscheidung wird aber immer wieder umgangen, zumal, wenn die mitwirkende Aufsichtsbehörde durch ihr Verhalten dem gefunden Ablauf der Dinge Gewalt angetan hat und weiter antun möchte.

Der jüdische Zentralfriedhof.

Es handelt sich um die seit Jahren verfolgte und immer wieder bekämpfte großzügige Erweiterung des jüdischen Zentralfriedhofes, der auf Kosten der Interessen von Weihenau aus in das innere Berlin vorgetrieben werden soll. Bereits Ende 1921 erging an den allein zuständigen Polizeipräsidenten eine Anfrage des jüdischen Gemeindevorstandes, ob im Hinblick auf schwebende umfangreiche Grunderwerbsverhandlungen mit einer Genehmigung zur Erweiterung des Zentralfriedhofes im vorgezeichneten Umfang gerechnet werden könne. Nach Anhörung mehrerer Polizeikommissionen, darauf ist besonders zu achten, und ohne daß irgendeine städtische Stelle zur Begutachtung herangezogen worden wäre, erfolgte Anfangs 1922 eine Art Vorbescheid, daß „keine Bedenken“ gegen die Friedhofserweiterung beständen, wenn die verlängerte Ostfischstraße, die das zu erwerbende Gelände durchschneidet, für den öffentlichen Verkehr freigehalten, und das Friedhofsgelände zu beiden Seiten der Straße mit Mauern abgegrenzt werden würde. Und abschließend hieß es dann ungefähr: „Der Einreichung eines entsprechenden Antrages steht also nichts im Wege.“ Auf Grund dieses in jeder Beziehung äußerst oberflächlich vorbereiteten, hochwichtigen Bescheides hat die jüdische Gemeinde dann ein umfangreiches Gelände zu einem Gesamtpreise von mehreren Millionen Mark erworben und damit auf einem Boden Fuß gefaßt, der für jeden Kenner Inner-Berlins vom Gesichtspunkt des Städtebaues, der öffentlichen Gesundheitspflege und der im engeren Berlin gerade nur an dieser Stelle noch möglichen Arbeiterwohnungskultur von höchster Wichtigkeit ist. Daß die jüdische Gemeinde demütigt war, die endgültige Genehmigung zu erreichen, ist begreiflich. Bedauerlich ist nur, daß auch in diesem Stadium der Entwicklung die städtischen Instanzen wohl kaum eine Ahnung von den weiteren Genehmigungsvorgängen bekommen hätten, daß es sogar zu einer stillschweigenden Erledigung des Genehmigungsantrages gekommen wäre, wenn nicht aus Anlaß der Grunderwerbsteuerbehandlung das Bezirksamt Prenzlauer Berg von sich aus hinter die Dinge gekommen wäre. Eine Anfrage beim Polizeipräsidenten Mitte 1924 bestätigte die Tatsache, daß ein Antrag auf Genehmigung vorlag. Das Bezirksamt hat sich natürlich sofort dahinter gesetzt, um endlich einmal die gefährdeten Allgemeininteressen in den Vordergrund zu rücken. Auf diese Einwirkung hin haben sich, soweit bekannt geworden ist, die einzelnen Polizeikommissionen, darunter auch die medizinischen und bautechnischen Delegationen, weit ablehnender verhalten als zuvor. Aber auch die Bezirksförperräte haben allerhöchstens gegen die Pläne der Friedhofserweiterung Stellung genommen. Durch ihre entschiedene Abwehrhaltung wurde schließlich auch erreicht, daß nun zum ersten Male dem Bezirksamt Prenzlauer Berg die geplante Anlage zur Aufmerksamkeit zugeleitet wurde. Ein ausführliches Gutachten war das Ergebnis. Gegenwärtig steht die Sache so, daß das Polizeipräsidium, gedrängt von den Vertretern

der jüdischen Gemeinde, auf den verhängnisvollen Vorbescheid hinweist und zur Entscheidung treibt. Die Stadt soll sich entweder mit der jüdischen Gemeinde verständigen und durch Geländeaustausch die Möglichkeit zur Erweiterung geben, oder mit der Genehmigung des Projektes in vollem Umfang rechnen.

Die Bestimmungen von 1794.

Die jüdische Gemeinde kann als wichtigsten Grund zur Befürwortung ihres Antrages nur immer wieder den Hinweis auf die Wirtschaftlichkeit einer einzigen Zentralanlage geben und nachträglich damit kommen, daß sie Millionenausgaben gehabt und nun Erfüllung ihrer Wünsche auf Grund des Vorbescheides fordern kann. Dieser fargen prinzipiell wirtschaftlichen Begründung gegenüber ist die ablehnende Haltung mit einer Reihe hochwichtiger Argumente zu vertreten. In Ermangelung reichsgerichtlicher Regelung muß man bezüglich der friedhofrechtlichen Gesichtspunkte auf das preussische allgemeine Landrecht vom Jahre 1794 zurückgreifen, dessen Bestimmungen noch heute in Kraft sind. Es heißt da im § 184: „In Kirchen und bewohnten Gegenden sollen keine Leichen beerdigt werden.“ Es ist unbestreitbar, daß das für die Erweiterung erworbene Land als von bewohnter Gegend umschlossen anzusehen ist. Es handelt sich um das einzige größere Gelände, das in Inner-Berlin überhaupt noch zur Bebauung verfügbar ist. Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes (56/236) kann zur Befreiung der friedhofrechtlichen Auffassung herangezogen werden: „Ist anzunehmen, daß nach der baulichen Weiterentwicklung eines Ortes der neue Friedhof bald inmitten der bebauten Ortslage zu liegen kommt, so kann hierin ein gesundheitlicher Uebelstand für die Bevölkerung gefunden, und schon diesem Grunde die Genehmigung verweigert werden.“ Es wird auch von neuen Friedhofsanlagen grundsätzlich eine gewisse Entfernung von der bebauten Ortslage verlangt und bei dieser Gelegenheit eine Strecke von 180 Meter gefordert. (Erlaß vom 18. März 1859.) Die Neuanlage oder Erweiterung eines Friedhofes muß zudem von der Genehmigungsbehörde immer von dem Vorhandensein eines erheblichen Grundes abhängig gemacht werden. Die besondere Wirtschaftlichkeit zugunsten eines engeren Kreises kann als erheblicher Grund nicht betrachtet werden. Gerade diesen Gesichtspunkt hätte der Polizeipräsident besonders ergiebig prüfen müssen. Man wird aber auch nicht an Argumenten vorbeigehen können, die auf dem Gebiet der allgemeinen Gerechtigkeit und Billigkeit liegen. Soll doch selbst der Oberpräsident anlässlich einer Verständigungsaktion geäußert haben: „Was sollen die Verbände der evangelischen Gemeinden von Treu und Glauben denken, wenn sie selbst auf Grund der behördlichen Anregungen von 1901 außerhalb Groß-Berlins Friedhofsanlagen schaffen mußten, und im vorliegenden Fall der jüdischen Gemeinde die vorteilhaftere Möglichkeit innerhalb Berlins geboten wird.“ Der Herr Oberpräsident legte seinerzeit selbst eine Zone fest, innerhalb der die Genehmigung nicht erteilt werden sollte, und die sich in der Ausdehnung bis nach Teltow, Lichterfelde, Hennersdorf erstreckte. Was für die übrigen Kultusgemeinden schon ab 1901 zu gelten hatte, das mußte billigerweise auch auf die jüdische Gemeinde nunmehr Anwendung finden.

Eine merkwürdige Begründung.

Es werden auch die vom Gesichtspunkt der allgemeinen Wohlfahrt zu erhebenden Bedenken allerhöchstens ins Gewicht fallen müssen: Das der jüdischen Gemeinde gehörige Erweiterungsgelände soll in erster Linie als Wohn- und Freifläche erhalten

bleiben. Der von der jüdischen Gemeinde erhobene Einwurf, daß Friedhöfe ja auch Freiflächen seien, die der Volksgesundheit zugute kämen, ist eher merkwürdig als stichhaltig. Hierbei muß auch beachtet werden, daß eine jüdische Friedhofsanlage aus ihrem besonderen Wesen heraus nicht, wie so manche Friedhofsanlage im Innern der Stadt, schließlich als Parkanlage dem öffentlichen Verkehr anheimfällt, sondern als Dauerbestand in ihrer ursprünglichen Form erhalten bleibt; sie darf ja nicht einmal neu belegt werden. Verkehrstechnische Gründe sprechen ebenfalls gegen die Anlage. Die geplante Erweiterung ist so umfangreich, daß sie einen recht beträchtlichen Stadtteil für die Verkehrsentwicklung einfach ausschalten würde. Aber auch siedlungstechnische Gesichtspunkte können für die entschiedene Ablehnung der Erweiterung geltend gemacht werden. Das erkaufte Gelände liegt als einziger größerer Komplex in der Nähe des Berliner Zentrums. Da der gesamte Bezirk Prenzlauer Berg schon jetzt als reiner Arbeiterwohnbezirk angesprochen werden muß, müßten auf dem Teil des Geländes, der nicht in die Freiflächen fällt, vor allem gesundheitlich einwandfreie Arbeiterbebauungen gebaut werden. Nur noch an dieser Stelle bietet sich Gelegenheit, dem Arbeiter in geringer Entfernung von Arbeitsstätte und Kulturlieben der Großstadt vorteilhafte Heimstätten zu schaffen. Wenn man dann noch bedenkt, daß ein Teil des Geländes für Dauersteinmärkte vorgehalten ist, und daß gegenwärtig viele Hunderte von Kleingärtnern schon seit Jahren und Jahrzehnten dort ihrer kulturell nicht hoch genug einzuschätzenden Kleingartenbestrebung leben, dann dürfte auch die von diesem Gesichtspunkt aus eingetommene Abwehrhaltung recht merklich zu beachten sein.

Wenn man nach dieser Gegenüberstellung des Für und Wider nun die Schlussfolgerung zieht, so wird das Ergebnis nicht anders lauten können als: Ablehnung der Erweiterungsbestrebungen auf der ganzen Linie und mit aller Entschiedenheit. Wenn es sich um eine so drohende und einschneidende Beeinträchtigung der Gesamtwohlfahrt handelt, dann ist die breitetste Öffentlichkeit davon interessiert, und muß auf eine Lösung des Konflikts zugunsten der Gesamtwohlfahrt drängen. Die jüdischen Körperschaften werden an der einzig möglichen Lösung gar nicht vorbeikönnen. Und diese Lösung heißt: Ankauf des von der jüdischen Gemeinde erworbenen Geländes für die Stadt.

Aus den Bezirken.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Die Charlottenburger Bezirksverwaltung vom 24. November stimmte einmütig der Einrichtung einer Kinderlesehalle und Jugendausleihbibliothek sowie der Einrichtung eines Jugendheimes in der Oberstraße zu. Der Bau eines Schwefelernhauses auf dem Wollmerweggrundstück neben dem Arantenhause Westend und der Neubau der Westend-Schule gingen in Ausschuss zur genaueren Nachprüfung; das Charlottenburger Hochbauamt hat leider keine glückliche Hand in seinen Bauprojekten, was außerordentlich zur Verzögerung dringender Aufgaben beiträgt. Wie das so zu gehen pflegt, entspann sich bei Kleinigkeiten eine große Debatte; war es zunächst die Frage des Untergrundbahn-Hofs Kaiserdamm und seines zweiten Ausganges, so kam es anschließend eines Kindertransportes nach dem Ostsee-Badeort zu einer großen Redebacht. Ein Kind war offenbar aufs gröslichste mißhandelt worden, mehr noch auf Äußersten des Lehrers als vom Lehrer selber. Das führte zur Erörterung der düstern Fragen: Kommt man von einem 12jährigen Knaben verlangen, daß er sich selber sein Hemde wäscht oder nicht? Genossen Kühn verfocht die gleichartige Behandlung in allen praktischen

T E T

Billige Lebensmittel

Unser

Stadtküche

bernimmt die Lieferung von Speiseölen und einzelnen Gerichten für jede Art von Festlichkeiten. Spezialitäten stehen jederzeit zur Verfügung. Ankauf in unserem Restaurant, Leipziger Str. 5. Stock

<p>Mengenabgabe vorbehalten</p> <p>Wurstwaren</p> <p>Blut- u. Leberwurst Pfund 70 Pf.</p> <p>Hauam-Leberw. Pfund 1,10</p> <p>Speckwurst Pfund 1,10</p> <p>Berl. Mettwurst Pfund 1,00</p> <p>Jagdwurst Pfund 1,30</p> <p>Hildesheimer Pfund 1,25</p> <p>Knoblauchw. Pfund 1,25</p> <p>Weitw. u. Braunschw. Art 1,40</p> <p>Schinkenwurst Pfund 1,70</p> <p>Holst. Zerv. u. Salami Pfund 1,80</p> <p>Rösta und Salla</p> <p>Romatour Pfund 28 Pf.</p> <p>Harzerkäse Pfund 45 Pf.</p> <p>Allg. Stangenkäse Pfund 72 Pf.</p> <p>Edamer Pfund 80 Pf.</p> <p>Holländer Pfund 85 Pf.</p> <p>Dän. Schweizer Pfund 1,10</p> <p>Vollf. Schweizer Pfund 1,20</p> <p>Kokosfett 1-Pfund-Pak. 65 Pf.</p> <p>Bratenschmalz Pfund 80 Pf.</p> <p>Griebenschmalz Pfund 80 Pf.</p> <p>Margarine Pfund 58 Pf.</p> <p>Molk. Butter Pfund 1,80</p> <p>Rinderfett 1-Pfund-Pak. 62 Pf.</p> <p>Dän. Tafelbutt. Pfund 1,98</p> <p>Suppenhähn. frisch geschl. Pfund 98 Pf.</p> <p>Rehragout Pfund 45 Pf.</p> <p>Rehblätter Pfund 1³⁰</p> <p>Silfa und Röhrenwaren</p> <p>Frische Bleie Pfund 25 Pf.</p> <p>Lebende Hechte Pfund 1,05</p> <p>Leb. Speleikarpf. Pfund 1²⁵</p> <p>Grüne Heringe Pfund 25 Pf.</p> <p>Rothars Pfund 28 Pf.</p> <p>Koblau Pfund 32 Pf.</p> <p>Heilbutt Pfund 60 Pf.</p> <p>Fettbücklinge Pfund 65 Pf.</p> <p>Sprossen Pfund 45 Pf.</p> <p>Seelachs Pfund 55 Pf.</p> <p>Speckfildern Pfund 70 Pf.</p> <p>Räucherheringe Pfund 15 Pf.</p>	<p>Prima Suppenfleisch Pfund 75 Pf.</p> <p>Prima Fehrippe u. Brust Pfund 85 Pf.</p> <p>Pa. Hammelfleisch (Diel. Rippe) Pfund 82 Pf.</p> <p>Pa. Hammelrücken Pfund 88 Pf.</p> <p>Kalbshamm Pfund 75 Pf.</p> <p>Koulen 9 Pfund, schwer, und Bällchen, Pfund 88 Pf.</p> <p>Pa. Schmorfleisch o. Kn., Pfund 1,20</p> <p>Pa. Ochsenzuppenfleisch Pfund 55 Pf.</p> <p>Pa. Ochsenkamm Pfund 60 Pf.</p> <p>Pa. Ochsenrostbeef m. Kn., Pfund 74 Pf.</p> <p>Pa. Ochschmorfl. 10 Pfund, Pfund 88 Pf.</p> <p>Pa. Rouladen Pfund 1,30</p> <p>Pa. Schweineschinken Pfund 98 Pf.</p> <p>Pa. Schulterblatt u. Bauch Pfund 1,04</p> <p>Pa. Kasseler Pfund 1,24</p> <p>Pa. Rückenfilet u. Linsen Pfund 1,04</p> <p>Pa. Eisbein gepöck. mit Spitzb., Pfund 65 Pf.</p> <p>Pa. ausgelassener Talg Pfund 60 Pf.</p> <p>Pa. Ochsenfleisch o. Kn., Pfund 74 Pf.</p> <p>Pa. Gehacktes Pfund 74 Pf.</p> <p>Pa. Schweinespitz m. Backs., Pfund 55 Pf.</p> <p>Pa. Schweineerle (schwarze) Pfund 80 Pf.</p> <p>Colonialwaren</p> <p>Weizenmehl Pfund 22 Pf.</p> <p>Auszugmehl Pfund 20 Pf.</p> <p>Kartoffelmehl Pfund 26 Pf.</p> <p>Weizenpulver Pfund 45 Pf.</p> <p>Maispulver Pfund 36 Pf.</p> <p>Valencia-Rohr Pfund 32 Pf.</p> <p>Haferlocken Pfund 20 Pf.</p> <p>Harigrisse Pfund 30 Pf.</p> <p>Schnitznudeln Pfund 32 Pf.</p> <p>Eier-Makkaroni Pfund 50 Pf.</p> <p>Bismarck-Heringe, Kronsardinen,</p> <p>1-Ltr. Dose 90 Pf.</p>	<p>Obst- und Gemüselieferanten</p> <p>Jünger Kohlraabi 1. Beh. 50 Pf.</p> <p>Jg. Schnitt- u. Brechb. 60 Pf.</p> <p>Jg. Stg., Kohlrab. u. Brechb. 95 Pf.</p> <p>Junge Karotten 62 Pf.</p> <p>Junge kleine Karotten 85 Pf.</p> <p>Junge Erbsen 76 Pf.</p> <p>Junge Erbsen mittel 93 Pf.</p> <p>Leipziger Allerlei 85 Pf.</p> <p>Gem. Gemüse mittel 1,05</p> <p>Junge Wachbohnen 78 Pf.</p> <p>Pfefferlinge 82 Pf.</p> <p>Stachelbeeren 78 Pf.</p> <p>Heidelbeeren 80 Pf.</p> <p>Reineclauden 1,25</p> <p>Birnen 1/2 Frucht 70 Pf.</p> <p>Birnen 1/2 Frucht 65 Pf.</p> <p>Apfelmus 72 Pf.</p> <p>Aprikosen 1/2 Frucht 1,45</p> <p>Pflaumen 1/2 Frucht 85 Pf.</p> <p>Pflaumen 1/2 Frucht 68 Pf.</p> <p>Frisch gebrannter Kaffee 2⁴⁰</p> <p>aus eigener Rösterei 2⁴⁰</p> <p>Gänse frisch geschlachtet Pfund 98 Pf.</p> <p>Gänsefleisch ohne Magen, Stck. 95 Pf.</p> <p>Gänsefleisch Pfund 1⁰⁰</p> <p>Obst und Gemüse</p> <p>Rot-Weiss. Wirsingkohl Pfund 5</p> <p>Höhren gewaschen 5</p> <p>Härk. Rübchen Pfund 15 Pf.</p> <p>Sellerie Pfund 8, 15 Pf.</p> <p>Rochalmen Pfund 10 Pf.</p> <p>Rochäpfel Pfund 12 Pf.</p> <p>Goldparmanen Pfund 15 Pf.</p> <p>Mandarinen Pfund 35 Pf.</p> <p>Zitronen Pfund 35 Pf.</p> <p>Apfelsinen Pfund 55 Pf.</p>
<p>Rosinette (ca. 2 Pfund-Eimer)</p> <p>Erdbeer, Himbeer 1,45</p> <p>Kirsch, Aprikosen 1,20</p> <p>Johannisbeer 1,20</p> <p>Pflaumen 1,10</p> <p>Orange 1,05</p> <p>Extra billigt Zur Bowle</p> <p>10 Flaschen 1924er Bayerfelder schlossende 1 und 1/2 Liter</p> <p>Saar-Edel-Kristall-Schäumwein und 1/2 Liter Ammonia zu Schaben mit hervorragendem Aroma</p> <p>16⁵⁰</p>	<p>Deutscher Weinbrand 1/2 Flasche</p> <p>„Unsere Spezialfüllung“</p> <p>Jam. Rum-Berlinschnitt 40% vorzögl. abgelag. Qual.</p> <p>3⁷⁵</p> <p>3¹⁷</p>	<p>Weine und Spirituosen vom Fass</p> <p>zu Sonderpreisen, in unserer bekanntesten Qualitäten u. a.</p> <p>Johannisbeerwein 90 Pf. Liter 4²⁵</p> <p>Roter Yarragona 150 Pf. Liter 7⁰⁰</p> <p>gute Qualität 150 Pf. Liter 7⁰⁰</p>

Dingen bei jüngeren Knaben und Mädchen gegenüber den Kommunisten, während das übrige Haus ihr aufs lebhafteste zustimmte. Das Bezirksamt selber machte sich reichlich bequem bei der Behandlung der Frage. Es wird aber ein aufmerksames Auge auf alle jene Heime zu richten sein, die sich nicht genug mit schwarzweißer Dekoration tun können, die aber als erstes den Kindern sagen: die Worte „Wassersuppe“ und „Heimweh“ dürfen in euren Briefen nicht vorkommen; die andersartige Briefe der Kinder unterlegen oder abfangen und die ebenso die Post der Eltern kontrollieren.

15. Bezirk — Treptow.

Den Hauptteil der 4 1/2stündigen Sitzung der Bezirksversammlung am 24. November füllte die Beratung des Etats aus. Genosse Neumann zeichnete in längeren Ausführungen unsere Stellungnahme zum Etat und der hiermit in Verbindung zu bringenden kommunalpolitischen Fragen. Er nannte die großen Bauprojekte, deren Verwirklichung unsere Fraktion anstrebt. Von den Beamten, Angestellten und Arbeitern müsse der in seiner Mehrheit proletarisch zusammengesetzte Bezirk eine einwandfreie republikanische Gewinnung fordern. Der Sprecher der SPD. lehnte den Etat mit der Begründung ab, daß die Kommunisten grundsätzlich diese bürgerlichen Etats ablehnen. Die Rechtsfraktion ließ erklären, daß sie ihre Ablehnung des Etats als Mißtrauen gegen die geleistete umfangreiche Arbeit des Bezirksamtes an. Genosse Bürgermeister Grunow wünschte von der Rechten die Angabe bestimmter Punkte, die in der Personalpolitik ihr Mißfallen erregt haben. Er wies darauf hin, daß gerade er noch nie seine Vergangenheit verleugnet habe und daß das Bezirksamt es als seine Pflicht ansehe, bei der Wahl von Wahlbeamten unter gleichen Bedingungen demjenigen den Vorzug zu geben, der treu auf dem Boden der Republik stehe. Genosse Lempert nahm eine Generalabrechnung sowohl mit der Rechten als auch mit den Kommunisten vor. Er wies darauf hin, daß gerade diese beiden Fraktionen in den Deputationen und Ausschüssen immer wieder die Arbeit unseres sozialistischen Bezirksamtes lobend anerkennen. Genosse Lempert verwahrte sich gegen das Verhalten eines deutschnationalen Bezirksverordneten, der zur gleichen Zeit städtischer Beamter ist und während der Dienstzeit unrichtige Angaben über die vertrauliche Sitzung des Personalausschusses in den Bezirksbüros verbreitet hat. Die Angelegenheit wird in der nächsten Sitzung des Personalausschusses noch ein Nachspiel haben. Das angegriffene Mitglied der Rechtsfraktion versuchte durch alle möglichen Redewendungen der Angelegenheit die Spitze abzubrechen. Bürgermeister Genosse Grunow teilte mit, daß dem Bezirksamt das Verhalten des betreffenden Beamten erst jetzt bekannt geworden sei. Ob gegen den betreffenden Disziplinarisch vorzugehen ist, wäre in Erwägung zu ziehen. Mit 17 (SPD. und Rechtsblock) gegen 16 (SPD., Zentrum und Demokraten) Stimmen wurde der Voranschlag abgelehnt. Die Versammlung stimmte alsdann für den Verkauf des Grundstückes Baumschulenstraße, zwischen Straße 29 und Fortshausallee in Treptow, zum Zwecke der Bebauung, sowie für den Bauungsplan des in Adlershof gelegenen Geländes. Die Versammlung nahm eine Vorlegung der öffentlichen Wochenmärkte in Oberschöneweide vor. Ein Antrag der Fraktionen „Block der Mitte“, der „SPD.“ und des „Rechtsblocks“ betr. Umgestaltung des Kinderheims in Oberschöneweide in ein Altersheim wurde dem Rechnungsausschuß überwiesen.

16. Bezirk — Köpenick.

Die letzte Bezirksverordnetenversammlung brachte außer Bezirksamtssachen, die Veränderungen in der Besetzung von Ausschüssen und Kommissionen, Trennung des Schul- und Kirchenamtes der Schlosskirche, Aufstellung des Geländes in Schmöckwig an der Mittel-Edel-Berliner Straße und Vergebung im Erbbaurecht betrafen, ferner die

Erhebung des kommunalistischen Antrags wegen der Volksschule. Den Bericht des zu diesem Zwecke in der letzten Sitzung eingesetzten Ausschusses erstattete Genosse Budke-Jankowski. Daraus ging hervor, daß die von den Kommunisten vorgebrachten Beschwerden und Anträge wie immer auf Ueberreizungen beruhten und daß vom Wohlfahrtsamt alles getan worden sei, was irgendwie möglich war. Der kommunistische Redner Rebe wollte natürlich getrocknete Forderungen aus dem Konto des kommunalistischen Antrages legen, mußte sich aber sagen lassen, daß er und die Vertreter der Interessenten selbst keine irgendwie erheblichen Mängel bei der Volksschule feststellen vermöchten. Ein gleiches negatives Ergebnis ergab der Ausschussbericht des Genossen Tolsdorf über die Verhandlungen mit den Erwerbslosen. Der mit der bekannten Langenstraße von der kommunistischen Fraktion in Szene gesetzte Kummel endete mit der auch von den Antragstellern anerkannten Feststellung, daß von der Bezirksverwaltung alles nach den Verhältnissen Mögliche getan wurde, um die anerkannte Not der Erwerbslosen zu lindern. Den getroffenen Dispositionen entsprechend sollte noch in die Beratung eventuell Verabschiedung der Bedarfsnachweisung für das Jahr 1927 eingetreten werden. Der kommunistische Redner nahm dies zum Anlaß, über Frühstufenabfindung, Reformationsentwünze, Koalition und alles Mögliche, aber nicht zur Sache selbst, in übermäßiger Breite zu reden. Der Vertreter unserer Fraktion, Genosse Rhode, vertrat den Standpunkt unserer Fraktion. Er erklärte schlichtlich, daß Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit gegenüber uns zu praktischer Arbeit und nicht zu politischer Propaganda verpflichtet. Nach der Rede unseres Genossen erfolgte auf Antrag der deutschnationalen Fraktion in vorgeführter Stunde die Vertagung der Beratung. Bei Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Genosse Wolf der Versammlung Kenntnis von der Mandatniederlegung des Genossen Reuter, der als Stadtrat in den Berliner Magistrat eingetreten ist.

17. Bezirk — Lichtenberg.

In der letzten Bezirksversammlung stellte Genosse Elias eine Anfrage, ob dem Bezirksamt bekannt sei, daß die Anord-Bremse über 600 Siedlern die Pachtverträge gekündigt habe. Unter diesen Siedlern befinden sich etwa 70 Wohnlaubemhaber, die dadurch obdachlos würden. Er forderte vom Bezirksamt volle Unterstützung der Siedler, da das Gelände als Dauerkolonie vorgesehen sei. Sodann nahm die Versammlung den Bericht des Genossen Witte und nach kurzer Aussprache den Haushaltsplan für 1927 mit einigen Veränderungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen an. Die Kommunisten stimmten nach einer langen Erklärung für den Etat. Zur Annahme gelangten einige Anträge, u. a. betr. Wiedereinrichtung eines Postamtes in Neu-Lichtenberg und einer Paketannahmestelle in Borchagen. Eine Anfrage Engler (Arbeitsgemeinschaft der Rechten), ob das Bezirksamt Anweisung gegeben habe, keine Fridericus-Reg.-Marken zu verwenden, brachte wieder einmal einen Reizfall der Deutschnationalen. Nach einer Auskunft des Bürgermeisters Genossen Dr. Siggel wurde ein Antrag des Genossen Schubart gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen, dem dem Bezirksamt aus gibt, zur Briefmarkenfürung nur 5 Pf.-Marken zu nehmen. Zum Schluß wurde ein Antrag Rämig, die Elektrifizierung der Stadtbahn über Kaulsdorf hinaus bis Strausberg auszuführen, einstimmig angenommen.

20. Bezirk — Reinickendorf.

In der Bezirksversammlung am 24. November wurde eine Anfrage der SPD. bekannt gegeben, warum bei der Verpachtung des öffentlichen Anschlagwesens die Beref. G. m. b. H. nicht berücksichtigt worden ist. Ohne Debatte wurde die Aufhebung der örtlichen Wohnungsausschüsse beschlossen. Es soll aber aus Zweckmäßigkeitsgründen danach gestrebt werden, daß in der Wohnungdeputation möglichst alle Ortsteile vertreten sind. Ein Antrag, der das Bezirksamt ersucht, mit allen Mitteln dafür zu

sorgen, daß der Schießplatz Tegel, der mitten im Stadtbild liegt, künftig nicht mehr zum Schießschießen verwendet wird, wurde einstimmig angenommen. Genosse Wolf schläger machte die bürgerlichen Parteien darauf aufmerksam, bei ihren Vertretern im Reichstag besonders darauf hinzuweisen, was die SPD-Fraktion bereits getan hat. Ebenso einstimmig wurde der Antrag über die Bereitstellung von weiteren 10 000 Mark aus Vorbehaltsmitteln für die Regulierung des Badestrandes am Bärarjer Ziegeleisee angenommen. Bei der Vorlage über die Ausweisung von Grün- und Freizeitanlagen im Verwaltungsbezirk Reinickendorf forderte die bürgerliche Fraktion nachmalige Nachprüfung durch eine Kommission, was aber abgelehnt wurde. Die Mehrheit war für Annahme der Vorlage. Zur Vorlage über die Ausweisung von Dauerkleingartengelände beantragte die SPD-Fraktion, die Beratung solange zurückzustellen, bis die vom Magistrat eingesetzte Kommission zur Prüfung der Groß-Berliner Friedhöfe entschieden hat, was einstimmig angenommen wurde. Die Vorlage über die Ausweisung eines Geländes an der Industriehöhle zwischen Reinickendorf und Wittenau beantragte unser Genosse Stadtverordneter Schäfer zwecks eingehender Prüfung einem besonderen Ausschuß zu überweisen, was auch beschlossen wurde. Der Erwerb eines Grundstückes neben der neuen Volksschule in Hermsdorf wurde einstimmig beschlossen. Zum Schluß gab Genosse Meier einen Bericht über die Ergebnisse der Beratungen des Ausschusses zur Bildung einer Geschäftsordnung. Der Vorschlag des Ausschusses wurde in unveränderter Form angenommen, nachdem die Zurückweisung an den Ausschuß und Wänderungsanträge abgelehnt waren.

Jugendchriften-Ausstellung in Köpenick. Bis zum 5. Dezember veranstaltet das Bezirksamt Köpenick mit Unterstützung des Jugendchriften-Ausschusses des Bezirks-Lehrervereins im großen Sitzungssaal des Köpenicker Rathauses eine Jugendchriften-Ausstellung. Zweck der Ausstellung ist es, durch Vorführung künstlerisch einwandfreier Bücher Schundchriften zu bekämpfen. Die Ausstellung ist an den Werktagen von 3-7 Uhr und am Sonntag, dem 5. Dezember, von 11-7 Uhr unentgeltlich geöffnet. In den Abendstunden, von etwa 5-7 Uhr, werden von sachkundigen Personen Führungen durch die Ausstellung vorgenommen werden.

Schließung der Volksbücherei Niederschöneweide. Am 31. Dezember wird die Volksbücherei Niederschöneweide geschlossen. Das Volksbildungsamt Treptow hat sich zu dieser Maßnahme entschlossen, da es bei der allgemeinen wirtschaftlichen Lage auf absehbare Zeit nicht möglich sein wird, die bei den räumlichen Verhältnissen des Bezirks an sich so notwendige Dezentralisierung des Volksbüchereiwesens finanziell durchzuführen. Die Bücherei Niederschöneweide kann um so eher geschlossen werden, als sich nur 10 Minuten von ihr entfernt die Bücherei Oberschöneweide in der Frischenstraße 9 befindet, die Montags, Mittwochs und Freitags von 5-8 Uhr geöffnet ist. Die bisherigen Benutzer der zu schließenden Bücherei erhalten von der Büchereiverwaltung einen Ausweis, daß sie ohne Zahlung neuer Aufnahmegebühren in jeder anderen öffentlichen Bezirksbücherei weiterlesen können.

Das Fest der Goldenen Hochzeit feiern heute unser langjähriger Parteigenosse Wilhelm Valentia und seine Ehefrau. Wir übermitteln beiden die herzlichsten Glückwünsche.

Sängerkreis im Kleingarten. Unter Mithilfe des Bezirksverbandes Treptow-Südost der Kleingärtner veranstaltet das Kleingartenamt Treptow am Montag, 6. Dezember, 7 Uhr, im großen Saal des Bismarckplatzes Oberschöneweide, Weisepfl. 18, einen Vortragabend. Herr Dr. Reinhold, Vorsitzender des Provinzialverbandes Berlin der Kleingärtner, wird über das vorgenannte Thema sprechen. Eintritt frei.

Musikaufträge

übernimmt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Königst. 4310, 4048), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Mit dem Reichs-Verkehrsbüro

Große Verkaufs-Messe für den Winterbedarf

Handarbeiten

- Nadelkissen verschiedene Formen 0.25
- Lampentücher schöne Batikmuster 0.95
- Kissenbezüge aus farbigem oder schwarzem Ripé, vorgezeichnet 0.95
- Paradehandtuch für die Küche, aus weißem Stoff, gestreift und vorgezeichnet 2.25

Spielwaren

- Farbkasten Blech mit 25 Farben und Pinsel, ca. 16x21 cm 0.50
- Lotto mit 12 Karten, geprägte Zahlen und Glas, ca. 22x12 cm 0.50
- Knetkasten mit reichlicher Knetmasse u. Vorlagen, ca. 22x21 cm 0.95
- Mandolinen für Kinder, ca. 41 cm lang 1.45
- Eisenbahn z. Fußlehen bestehend aus: Lokomotive m. Berman, Kohlenwagen, 2 Personenwagen, großer Schienenkreis, Zuglänge ca. 47 cm 1.95
- Laubsägekasten bestehend aus: gutem Bogen, Drillbohrer, Rundfelle, Plätzringe, Dack mit Schraubenzieher und Vorlagen ca. 35x41 cm groß 2.95

3 Serien Damen-Strümpfe in guten Qualitäten, farbig und schwarz

48 Pf. 65 Pf. 95 Pf.



Strümpfe

- Damen-Strümpfe farbig u. schwarz, Seidenhaar, Doppelsohle, Hochferse, breiter Doppelpand 1.25
- Damen-Strümpfe farbig und schwarz, reine Seide, mit Doppelsohle und Hochferse 1.95
- Damen-Strümpfe farbig, schwarz, Kasch, Waschseide mit Doppelsohle und Hochferse 2.95
- Herren-Socken einfarbig oder gemischt, halbhohere Qualität, Ferse und Spitze verstärkt 0.48

Handschuhe

- Handschuhe für Damen, Schweden lmt., mit breiter Aufnaht, halbhohere 0.95
- Handschuhe für Damen, Teikot, farbig mit breiter Raupe 1.25
- Handschuhe für Damen, reine Wolle, farbig, gestrickt 1.65
- Handschuhe für Herren, farbig, mit angewebtem Futter 0.95
- Handschuhe für Kinder, reine Wolle, farbig, gestrickt 0.95

Kinder-Taschentücher

Dattst, farbige Kordelkante

10 Pf.

Herren-Taschentücher

Lein., mit farbiger Kante

18 Pf.

Damen-Taschentücher

Dattst, mit gestickter Ecke

3 Stück im Geschenk-Karton **95 Pf.**

Damen-Taschentücher

Schwerer Stücker

3 Stück im Karton **1.35**

Damen-Jacken

lange Form, reine Wolle, viele Farben

9.75

Herren-Hüte

matuzgo, moderne Form

7.50

Wirkwaren

- Unterhosen für Herren, wollhaltig in 3 Größen 1.65
- Einsatzhemden für Herren, starke haltbare Qualität 1.95
- Unterhemdchen für Damen, patentgezippt, extra lang 0.95
- Schlupfhosen für Damen, Kunstseide, viele Farben, feilertel 1.95
- Unterkleider für Damen, Kunstseide, viele Farben, feilertel 2.75

Herren-Artikel

- Oberhemden farbig m. Kragen u. Umschlagmanschetten 3.90
- Oberhemden farbig moderne Karomuster, gestücker Brust, 1. wulher u. Intellire Kragen 5.90
- Oberhemd Teilkolle, Karomüller, m. 2 Kragen u. Umschlagmanschet 10.50
- Schlaf-Anzüge Zephr mit Verschönerungen 9.75
- Selbstbinder schwere Qualität, reine Seide 1.95

JANDORE

Belle-Alliance-Str. • Gr. Frankfurter Str. • Brunnenstr. • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Str.

Deutsches Eigentum in Amerika.

Endgültige Regelung kaum vor dem nächsten Frühjahr.

Allen Nachrichten über die Freigabe des beschlagnahmten Eigentums in Amerika muß man zunächst skeptisch gegenüberstehen. Sie sind das beliebteste Spielmoment an deutschen Börsen. Immerhin wird die Frage tatsächlich irgendwie der Lösung in den nächsten Monaten nähergebracht.

Der Regierungsvorschlag vom November ist fallen gelassen worden, der die sofortige Aushändigung des Eigentums und die Entschädigung für Schiffe, Patente und Funktionen im Laufe von fünf Jahren vorsah. Der Haushaltsausschuß des Repräsentantenhauses hat sich auf ein von den beiden Parteien, Republikanern und Demokraten, gebilligtes Kompromiß geeinigt und Unterausschüsse zur Festlegung hauptsächlich jener Summen eingesetzt, die deutschen Gesellschaften für in Gebrauch genommene Patente, Schiffe, Funktionen und ähnliches zu entschädigen sein würden. Der Kompromißcharakter kommt darin zum Ausdruck, daß keiner der deutschen oder amerikanischen Berechtigten (Gegenforderungen) volle 100 Proz. erhalten soll. Das beschlagnahmte Eigentum, das auf 270 Millionen Dollar geschätzt wird, soll zunächst mit 80 Proz., also etwa 220 Millionen Dollar, freigegeben werden. Die Entschädigung der Schiffahrt, Funkgesellschaften und Patentrechte, die von deutscher Seite auf 100 Millionen Dollar berechnet war, wird mit 40 bis 50 Millionen vorgezogen. Die amerikanischen Gegenforderungen, die auf 190 Millionen Dollar lauten, sollen mit 70 Proz., also etwa 140 Millionen Dollar gewährleistet werden. Sobald die Vorschläge Gesetz werden, sollen diese Festsetzungen Gegenstand eines Sofortprogramms sein.

Dabei ist die Vollentschädigung für beide Teile nicht ausgeschlossen. Einmal drängen ziemlich starke Kräfte, geführt vom Senator Borah, darauf hin. Zum anderen sind schon in dem jetzigen Kompromiß Momente enthalten, die für spätere Jahre die Vollentschädigung und Vollfreigabe erwarten lassen. Die zwanzig Prozent, die von dem Eigentum zurückbehalten werden, sind vorläufige Sicherung für die Befriedigung der 30 Proz. amerikanischer Gegenforderungen, die erst aus späteren Dawes-Zahlungen bestritten werden

soßen. Die Rückgabe der 20 Proz. würde sich also auf so lange verzögern, bis die Dawes-Zahlungen die restlichen 30 Proz. amerikanischer Gegenforderungen decken. Wehnliches gilt für die Schiffs-, Patent- und Funktionenentschädigungen. Wenn für diese nur 40-50 Proz. sofort geleistet werden sollen, so werden die 60 Millionen Dollar amerikanische Regierungsforderungen, die ebenfalls aus Dawes-Zahlungen in kommenden Jahren bestritten werden sollen, als der Gegenposten anzusehen sein, der zur Aufschlebung von 60-50 Proz. der Entschädigungen Anlaß ist. Der Kampf der Gruppen geht jetzt wohl weniger darum, ob überhaupt die Rückgabe und Entschädigung erfolgt, als um die Höhe der amerikanischen Leistungen, um die Zeitpunkte der Erfüllung und schließlich darum, ob, wie Senator Borah will, sofortige Vollrückgabe und Vollentschädigung erfolgen soll. Der letzte Weg hat nach der Lage der Dinge am wenigsten Aussicht auf Erfolg.

Der Zeitpunkt nun, wann die Vorschläge Gesetz werden, ist äußerst zweifelhaft. Amerikanische Nachrichten sagen, nicht vor dem Frühjahr sei die Verabschiedung in beiden Häusern möglich; auch seien vom Senat noch Schwierigkeiten zu erwarten. Deutsche Meldungen erhoffen etwas für Weihnachten, gewissermaßen als Weihnachtsgeschenk. Doch dürfte diese Vermutung eine echte Börsenbotschaft sein. Jedenfalls werden die Amerikaner kaum auf Weihnachtswünsche des deutschen Privatkapitals und der deutschen Börsenspekulanten Rücksicht nehmen, wenn sie ihre Rückgabebill machen. Wie weit die Vereinigten Staaten bei der Rückgabe und Entschädigung auch gehen werden, sie werden sich vom Geist des Privatkapitalismus lenken lassen, für den Beschlagnahmungen ohne Entschädigungen der Teufel selbst sind. Dabei werden sie auch ihre Gegenrechnung nicht vergessen. Das beweist die große Vorsicht, mit der sie die deutschen Dawes-Leistungen in ihrer Kalkulation berücksichtigen, deren Schicksal ja durchaus ungewiß ist, wenn die nicht ausgeschlossene weitgehende Streichung der interalliierten Schulden einmal doch erfolgen sollte, wie sie noch zuletzt von der internationalen Sozialdemokratie in Luxemburg gefordert worden ist.

Vom internationalen Kupferkartell. Der Austritt Englands.

Am 18. November fand in Brüssel die erste Tagung der europäischen Mitglieder der Copper Exporters Inc. (Kupfer-Export-Vereinigung) statt, wobei sich, obwohl das Kartell doch erst einen guten Monat besteht, schon die größten Schwierigkeiten herausstellten. Das Wichtigste bei dieser Besprechung war die Austrittserklärung des englischen Teilnehmers, der British Metal Corp. (Englische Metall-Gesellschaft). Dieser Schritt der englischen Gruppe ist teils auf die Beeinflussung der englischen Regierung, teils auf den ungünstigen Geschäftsverlauf während des ersten Monats seit Bestehen des Kartells zurückzuführen. Die Kupfer-Export-Vereinigung wurde bekanntlich gegründet, um durch Ausschaltung des Handels eine Beruhigung des Marktes herbeizuführen und den Konsum zu heben.

Bisher ist durch die völlig unverständliche Preispolitik des Kartells nur insofern eine Beruhigung festzustellen, als das Geschäft seit Mitte Oktober entgegen allen Erwartungen zurückgegangen ist. Mit Rücksicht auf die amerikanische Gesetzgebung, die ja eine Kartellbildung nach dem Sherman-Gesetz verbietet, mußte die Kupfer-Export-Vereinigung zwei verschiedene Preise festsetzen. Elektrolytkupfer kostet beispielsweise für den amerikanischen Selbstverbraucher zurzeit bei sofortiger Lieferung 13,75 Cents je amerikanischen Pfund mit 453,3 Gramm. Der Ausländer, der aus Amerika Kupfer beziehen will, muß aber für daselbe Quantum jetzt 14,12½ Cents bezahlen, während noch vor wenigen Tagen der Preis für Ausfuhrzwecke 14,25 Cents und bis zum 1. November 14,40 Cents betrug. Aus diesem Grunde ist es nun zu verstehen, daß nicht nur der englische Handel und die

Industrie, sondern auch die deutsche Wirtschaft ziemlich verstimmt darüber sind, daß sie wesentlich mehr für das Kupfer bezahlen sollen als der amerikanische Industrielle. Es ist nämlich auf Grund dieses Preisunterschiedes mehrfach der amerikanischen Halbzeug- und Fertigwarenindustrie möglich gewesen, die englische und deutsche Konkurrenz am Weltmarkt unter Ausnutzung des billigen Rohstoffpreises zu unterbieten. Kommt es nun tatsächlich zu dem Austritt der englischen Gruppe aus dem Kartell, so fallen gleichzeitig die südamerikanische Rio-Tinto-Gesellschaft und die Norddeutsche Affinerie in Hamburg als Mitglieder fast bei beiden Firmen ist nämlich die British Metal Corp. maßgebend beteiligt.

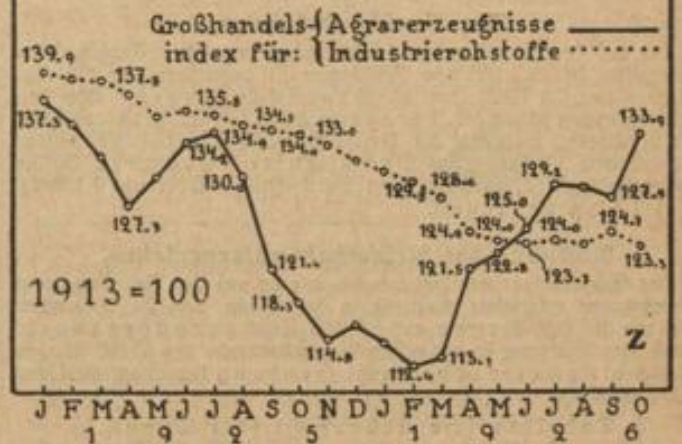
Von den übrigen bedeutenden europäischen Erzeugern ist jedoch nichts über einen eventuellen Austritt gesprochen worden. Man nimmt aber an, daß das Kupferkartell sich auf Grund des Nachlassens der Käufe auf eine weitere Verringerung des Preisunterschiedes in Kupfer zwischen In- und Ausland einlassen wird. Berücksichtigt man nämlich, daß im Durchschnitt Elektrolytkupfer mit höchstens 12 amerikanischen Cents je Pfund hergestellt wird, so genügt es, wenn die Erzeuger im Ausland für ihr Kupfer 13½ oder 13 Cents erzielen. Die letzten Geschäftsberichte der großen amerikanischen Kupfergesellschaften haben mehrfach gezeigt, daß es trotz niedrigerer Preise (Verkaufspreis im Durchschnitt 13,30 Cents), als sie jetzt gültig sind, möglich war, hohe Dividenden an die Aktionäre auszuschütten. Wenn man also in Amerika infolge des schlechteren europäischen Bedarfs zu einer Kartellbildung geschritten ist, um den Markt zu stabilisieren, so muß diese Stabilisierung natürlich auf einer Basis erfolgen, die dem Selbstverbraucher Gelegenheit gibt, billiger als bisher zu kaufen. Nur so ist es möglich, den Verbrauch in Europa zu heben.

Verbilligt das Brot!

Die Preisschere zugunsten der Landwirtschaft geöffnet.

Da am 31. Dezember dieses Jahres die provisorische Regelung der Getreidezölle zu Ende geht und bei der Verzögerung der Handelsvertragsverhandlungen dann automatisch die höheren Sätze des deutsch-schwedischen Handelsvertrags in Kraft treten, hat die Sozialdemokratische Partei die Verlängerung des Provisoriums um 6 Monate verlangt. Dieses Verlangen ist mehr als berechtigt, wie die beigefügte Zeichnung erkennen läßt:

Die Preisschere in Deutschland 1925 und 1926



Bereits seit Anfang dieses Jahres sind die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ununterbrochen gestiegen. Die Preise der Betriebsmittel dagegen, die der Landwirt zu laufen hat, sind schon seit dem Vorjahr fast ununterbrochen gesunken. Die sogenannte Schere, die mit das Hauptargument für die Erhöhung der Getreidezölle im Vorjahr war, obwohl trotz Einführung der Zölle die Agrarpreise weiter sanken, hat sich also nicht nur zugunsten der Landwirtschaft gelockert, sondern weit geöffnet. Das verdeutlicht unsere Zeichnung. Die günstige Lage der Landwirtschaft würde also eher eine Senkung, als eine Erhöhung der Zölle rechtfertigen.

Aus Berliner Bau- und Terraingefellschaften.

In den Geschäftsberichten der meisten Bauunternehmen wird gern über Behinderungen durch die Gesetzgebung und über die widrigen Wirtschaftsverhältnisse geklagt. Daß aber rührige und kaufmännisch geschickte Baufirmen trotzdem auf ihre Kosten kommen können, beweist neben manchen anderen Fällen auch die Heitricke A.-G. Berlin, die mit einem Aktienkapital von 1,5 Millionen Mark Häuser- und Ladenbau betreibt. In dem Reingewinn von 136 000 M., aus dem eine sechsprozentige Dividende ausgeschüttet wird, kommen aber die tatsächlich erzielten Gewinne noch nicht voll zum Ausdruck. Abgesehen davon, daß von dem 675 000 M. betragenden Rohgewinn 57 000 M. Abschreibungen mit den hohen Prozentsätzen von 33 Proz. auf das Konto Fabrikeinrichtung und 45 Proz. auf das Konto Werkzeuge abgezogen wurden, ist auf die größtenteils aus den laufenden Betriebseinnahmen erfolgte Steigerung der Aktiven hinzuweisen. Gegenüber einem Immobilien- und Pachtrechtsbestand von 1,059 Millionen Mark im Vorjahr werden heute 1,811 Millionen Mark aufgeführt. Allerdings ist gleichzeitig eine stärkere Anspannung der Verpflichtungen erfolgt, die sich aber inzwischen gelöst hat, da die Firma sowohl ihre 200 000 M. Vorratsaktien als auch verschiedene ihrer erworbenen Erbbaurechte, sei es mit errichteten Bauten, sei es unter Sicherung von Bauaufträgen zu sehr günstigen Bedingungen verkauft hat. Wenn der Aufsichtsratsvorsitzende in der Generalversammlung betonte, daß die Aufträge im Ladenbau sehr lohnend und der Ruhen an den Bauausführungen nennenswert gewesen seien, so heißt das natürlich, daß die Firma tüchtig verdient haben muß. Im kommenden Jahre erhofft man einen noch besseren Abschluß: ein Auftrag im Werte von mehreren Millionen Mark in einem der Balkanstaaten wird binnen kurzem hereinkommen; Bauten im Berliner Westen hören der Ausführung; die erwartete Auf-

Das ist der Rhythmus der Zeit:

Reuen — Modeschau —
 Charleston — Bubikonf und....
 Zigaretten mit buntem Mundstück.
 Die MASSARY-Ritter mit
 dem rotseidenen Mundstück
 paßt vortrefflich zum Abendanzug.
 Das liebliche Fürkismundstück
 der MASSARY-Delft wiederum wirkt
 entzückend im Frauenmunde.
 Nicht nur äußerlich, auch im
 Charakter treffen die MASSARY-
 Marken den Geschmack der Zeit:
 leicht — flüchtig — elegant — süß-
 aromatisch, sind sie die gegebenen
 Zigaretten für gesellige und fest-
 liche Stunden.



Urteilen Sie selbst!

Massary-Serie 4 GOLD- u. PURPUR MOST 4/3
 Massary-Delft 5 GOLD- u. TÜRKIS MOST 5/3
 Massary-Ritter 6 GOLD- u. SEIDEN MOST 6/3

Auch in entzückenden Weihnachts-Geschenkpäckungen

Aus Hölle und Himmel zur Erde.

Von Walther Dief.

Der hundert Schlachten schlug und im Triumph,
Den Siegeslorbeer um's gebräunte Haupt,
Die ew'ge Stadt durchzog, der Römer Feldherr
Lucullus, schmachtete im Höllenspuhl.
Denn ach! Vergessen war in jenem Buch,
Das Schuld und Sühn' erbarmungslos verzeichnet,
Sein Schlachtenruhm und der Legionen Glanz,
Und nur die Schuld von tausend Brunkgelagen,
Durch die, ein Schlemmer er und Sybarit,
Dem Gaumen einst geopfert und dem Bauch
Als seinen Göttern, war darin vermerkt. —
Des Orkus eisgepeitschter Regen neigte
Zahrtausend lang den Heldenpurpur schon,
Und keiner Hoffnung noch so blasser Schein
Auf Rettung fiel in die gequälte Seele.
Bohl war er nicht allein. — Mit Zähneklappern
Begleitete der andern Schlemmer Chor
Des Feldherrn Klagen; doch Gemeinschaft Andreer
Vermochte nimmer seine Not zu mildern.

Lucullus sah sich um mit trübem Blick:
„Wie ist es doch,“ sprach er zu seinem Nachbar
Pantagruel, der einst in deutschen Landen
Zum Frühstück einen ganzen Ochsen fraß,
„Hier mit den Jahren immer leerer worden!
Mir scheint, daß oben auf der grünen Welt
Die Lust an allen guten Dingen schwindet,
Und der Geschmack der Menschheit sich nur mehr
Auf's Grobe richtet und auf's Massenhafte.
Nichts hör ich mehr von Nachtigallenzungen,
Die man in rotem Cyprienweine dünstet,
Nichts mehr von Pfauenbraten und auch nichts
Bon leckern Wachteln, die auf goldnem Speiß
Zu neuem Reiz des Schlemmers Gaumen locken.“

„Du klagst mit Recht!“ sprach statt des dicken Freundes
Der Satan, der des Feldherrn bitterer Klage
Heimlich gelauscht, hertretend zu den Beiden.
„Schon lange hört man da und do.. ein Raunen,
Daß eine neue Speise von dem Erdenvolk
Bon Tag zu Tage und von Mond zu Mond
Alljährlich freudiger genossen werde;
Man sagt, daß, der sie kostet, so an Leib
Wie an der Seele wunderbar gesunde,
Daß ihm die Arbeit leicht, jedoch die Sünde
Geradezu unmöglich werde, denn
„Gesunder Körper birgt gesunden Siun!“
So mag es kommen, daß der Hölle Pforte
Sich nur mehr selten, ach, dem Schlemmer öffnet,
Und daß das Menschenvolk nicht nur nicht stirbt,
Rein, daß es auch kaum nennenswert mehr ländigt!
Doch Euch, Lucullus, der Ihr sonst doch jedes
Berborg'ne Kräutlein kennt, und wie den Gaumen
Es legt und kühlt, hab ich ausersehen,
In kurzem Urlaub sich zu überzeugen,
Ob wirklich wahr, was man mir zugetragen
Und ob tatsächlich jene neue Speise
So ernsthaft den Verkehr zum Orkus hemmt.
Seht Euch im Himmel um: Der alte Petrus
Stockschnupft seit Wochen in den nassen Wolken
Und wird wohl von dem Höllendunst, der Euch

Anhaftet, schwerlich was gewahren.
Er wird gewiß als alter Biedermann
Euch gerne die gewünschte Auskunft geben,
Ob droben in den Wolken sich die Ziffern
Des Fremdenzugs auch so tief betrüblich
Vermindert haben wie allhie im Hades. —
Geht auch zur Erde: Wo das Silberband der Elbe
Nach dem grauen Nordmeer strebt,
Und frachtentragend aus entleg'nen Zonen
Die Schiffe heimwärts ihre Riele reden,
Dort weht um Reichardt's Werke jener süße
Göttlich beseelte Duft, der Euch alsbald
Wie linder Zauberhauch aus jenen Gärten,
Die sonngelüft auf fernem Inseln glühen,
Bohl an Hesperiens glücklich Land gemahnt.
Zieht hin, Lucull, hier habt Ihr Euren Paß!“
(Er gab ihm einen Fußtritt zum Geleit.)
„Studieret mir Geschmack und Wirkung jenes
Gefährlich süßen Stoffs, damit vielleicht
Ich mit ein wirksam Gegengift ersinne.“

Es regnete im Himmel durch düst'rer Wolken Flug,
Da zog Lucull, der Römer, wohl an dem Klingelzug,
Der an Sankt Peters Zelle mit einem rost'gen Ring
Zu Jedermanns Benutzung seit tausend Jahren hing.
„Es riecht nach Höllenbraten!“ sprach da der Pförtner und
Er pußte sich die Nase und sah durchs Fensterrund.
„Ein Römer?“ brummt er „Nichts da! Du bist ja noch
kein Christ!“

Und wärst du wirklich einer, so wärst du ein Fascist!“
„Ach Peter, lieber Peter, schau nicht so grimmig drein,
Ich will in deinen Himmel, beim Zeus, ja nicht hinein!
Mich läßt nur zu schauen in Euer Pförtnerbuch,
Ob auch bei Euch da droben so spärlich der Besuch.“
„Brauchst garnicht erst zu schauen,“ hat Petrus ihm verfehlt,
„Es war noch nie so traurig, als ausgerechnet geht.
Und fragst du nach den Gründen für dieses Resultat,
Der eine nennt's Kakaos, der andre Schokolad'.
Seit Reichardt-Fabrikate erfüll'n das Erdrund
Ist Mann und Weib und Jugend stets frisch und kerngesund.
Es senkt der Tod die Hippe vor ihres Lebens Krast,
Mit achtzig Jahren frühstens wird man hinweggerafft.
So kommt es leider selten, daß meine Glocke schellt,
Und von den Reichardt-Freunden mal einer Einzug hält.
Es sei denn, daß vom Alter doch endlich übermannt,
Bohl auch durch Sport und Auto der Tod sein Opfer fand.
Und sind sie erst im Himmel, so hab ich keine Ruh,
Rein Nektar, kein Ambrosia sagt diesen Schlemmern zu.
Nur immer; „Reichardt“ jubeln die Engel früh und spat,
Der eine möcht Pralinen, der andre Schokolad'.
Noch viele andre Wünsche legt man mir täglich vor,
Es schwirrt von all' den Namen mir allbereits das Ohr.
Drum komm und schau' selber — du traust dem Auge kaum —
Durch dieses Wollensfenster in meinen Himmelraum.
Wie einst dem Dichter Dante dein Landsmann, der Virgil,
Die rote Hölle zeigte, genau so treulich will
Ich dir den Himmel weisen und seiner Bürger Art.“
So sprach der alter Peter und strich den weißen Bart.

Alle Fortsetzungen sind in den Reichardt-Filialen und -Geschäften zu haben. Im hiesigen Umkreise in:

Berlin: Anhaltstraße 7, Göbenstraße 15, Leipziger Straße 104, Mohlstraße 27, Potsdamer Straße 30, Prinzenstraße 39, Rheinstraße 2, Rosenthaler Straße 45, Spittelmarkt 14, Tauentzienstraße 6. — Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 41. — Potsdam: Nauener Straße 24.

